

Dienstag, 9. Dezember 2014 Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsident Duri Campell
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 117 Mitglieder entschuldigt: Brandenburger, Mathis, von Ballmoos
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Bericht Wirtschaftsentwicklung im Kanton Graubünden (Botschaften Heft Nr. 5/2014-2015, S. 259) (Fortsetzung)

Detailberatung

Standespräsident Campell: Darf ich Sie bitten Platz zu nehmen. Wir fahren fort. Ich hoffe, dass wir so sportlich wie das Eintreten weiterfahren können und wir kommen zur Detailberatung. Beginnen mit der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im engeren Sinne. Ich erteile hier das Wort dem Kommissionspräsidenten, Grossrat Urs Marti.

Stossrichtung Wirtschaftsentwicklung im engeren Sinne (Kapitel VI.1.)

• Am Grundsatz der Förderung beruhend auf der Exportbasistheorie festhalten

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Einmal sportlich, immer sportlich, wollen wir so fortsetzen. Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im engeren Sinne betrifft jetzt eben das zukünftige Gesetz für die wirtschaftliche Entwicklung, gibt hier zwei, drei Rahmenbedingungen vor. Nachher die Sektoralpolitiken dann, haben wesentlich mehr Chancen für grössere Anliegen. Zur Stossrichtung Nummer eins habe ich keine Bemerkung. Erst dann später.

Standespräsident Campell: Wir kommen zur Diskussion. Nicht erwünscht. Somit gehen wir weiter zu Punkt zwei. Kommissionspräsident.

Angenommen

• Auf strukturerehaltende Massnahmen wie die Unterstützung von Sanierungen oder eine explizit stärkere

Förderung wirtschaftlich schwacher Gebiete verzichten. Regionalpolitische Massnahmen, die allenfalls in den einzelnen Sektoralpolitiken erfolgen, klar von der Wirtschaftsentwicklung im engeren Sinne abgrenzen und nicht in deren Rahmen finanzieren.

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Die Stossrichtung Nummer zwei nimmt jetzt Bezug auf die Möglichkeiten der Finanzaufgaben. Man kann davon ausgehen, dass rund 20 Millionen Franken im Budget auch in Zukunft zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund sind strukturerehaltende Massnahmen im Rahmen des Gesetzes über die wirtschaftliche Entwicklung zu unterlassen und auch auf eine explizit stärkere Förderung wirtschaftlich schwächere Gebiete ist zu verzichten. Explizit stärker, heisst nicht schwächer, sondern einfach nicht explizit stärker.

Standespräsident Campell: Grossrat Heinz Robert wollte noch zu Punkt eins etwas sagen. Sie haben das Wort.

Heinz: Ich möchte dem Standespräsident doch noch danken, dass er mich doch noch respektiert hat, er hat mich übersehen. Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zum Punkt eins, zur Stossrichtung. Hier steht natürlich explizit Exportbasistheorie, also wir werden nur fördern was exportiert wird, wenn ich das richtig verstehe. Aber irgendwie haben wir auch noch einen Binnenmarkt oder eine Binnenwirtschaft. Ich meine, wenn ich mich zurückerinnere an die letzte Wirtschaftskrise: Der Export war praktisch eingegangen. Wer uns so über die Runden geholfen hat, war der Binnenmarkt mit den KMUs und so weiter. Und darum würde es mich schon noch interessieren, wieso wir da den Binnenmarkt eigentlich rauslassen, denn im gleichen Atemzug hat auf Seite 16 die Kommission, dieses Wort exportorientierte Theorie herausgestrichen und hier ist's drinnen oder warum haben wir die Binnenmarktwirtschaft nicht auch darin oder Binnenmarkt. Warum möchten wir den nicht auch fördern, denn es ist je nachdem sehr dumm für ein Unternehmer, wenn er zuhinterst im Lumnez ist und ein Produkt erstellt, sagen wir er baut Küchen oder Küchenabdeckungen. Er muss dann ins Engadin fahren um seine

Ware abzubringen oder das er seine Kunden hat dort. Der andere ist dann im löblichen Maienfeld zu Hause, fährt über die Kantonsgrenze nach Bad Ragaz und dort herum und dann ist das plötzlich exportorientiert. Und da habe ich das Gefühl entweder es ist nicht ganz fair gegenüber denen, ausser ich würde das komplett falsch verstehen. Vielleicht könnten Sie mir noch, Herr Kommissionspräsident oder Herr Regierungsrat, eine Antwort geben. Ich habe Ihnen bereits meine Fragen und eventuellen Anträge, die ich stellen werde, in Stossrichtungen oder darauf verzichten, bereits abgegeben. Herzlichen Dank für die Auskunft.

Marti; Kommissionspräsident: Ich starte und lasse mich gern ergänzen durch den Herrn Regierungsrat. Die Kommission hat diese Frage auch eingehend diskutiert und ist auch Ihrer Auffassung, dass der Binnenmarkt eine entscheidende Grösse darstellt im Bereich der Sicherheit der Arbeitsplätze. Nun ist es aber auch so, dass ein grosser Teil der Binnenarbeitsplätze im Kanton Graubünden, aufgrund des Tourismus abhängig sind von der Exportbasistheorie. Und wir haben uns deshalb entschieden, in der Wirtschaftsförderung im engeren Sinne dann eben nicht den Binnenmarkt zu fördern, sondern dort wo Geld nach Graubünden kommt und dann mit einem Skalierungseffekt den Binnenmarkt befruchtet. Wir sehen auch Probleme hier die Abgrenzung sauber zu machen, wenn man vom Binnenmarkt spricht. Wo fängt dieser an und wo fängt dann die Exportorientierung an? Wir haben deshalb uns entschieden, hier der bisherigen Praxis zu folgen, dass die Exportbasistheorie gefördert wird. Mit dem positiven Effekt dass auch die Binnenwirtschaft mit profitiert. Ich würde Ihnen empfehlen, hier keinen Antrag zu stellen, weil Sie die Mitnahmeeffekte, die haben Sie und in vielen Talschaften ist der reine Binnenmarkt alleine über das Wirtschaftsentwicklungsgesetz nicht zu fördern, weil nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Regierungsrat Trachsel: Ich möchte mich dem Kommissionspräsidenten Urs Marti anschliessen. Es geht darum, an und für sich das Volumen an Geld in der Wirtschaft von Graubünden zu erhöhen. Und das Volumen können Sie nur erhöhen, indem Geld von aussen nach Graubünden fliesst. Wenn wir anfangen, den Binnenmarkt zu unterstützen finanziell, wir sprechen hier über die einzelbetriebliche Förderung, dann heisst es, wir bezahlen dem einen Bauunternehmer einen Trax und dann hat er einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem andern, weil mir ist es letztlich egal welche Bauunternehmer in Graubünden die Arbeit machen. Das muss uns egal sein. Der Staat darf nicht eingreifen im Binnenmarkt von Graubünden, auch wenn wir wissen, dass der grösste Teil unserer Wirtschaft Binnenmarkt ist. Aber der Staat hat sich hier nicht einzumischen und ich kann Ihnen auch sagen, da sind auch alle Wirtschaftsverbände absolut gleicher Meinung, weil sie sonst Marktverzerrungen machen. Die Frage, die vielleicht Robert Heinz dann mehr interessiert als Averser, die haben wir ja beim Eintreten auch diskutiert, ob man eben die potenzialarmen Räume anders behandeln wird und auch dort würde natürlich die Exportbasistheorie dann funktionieren. Ein

Unternehmer im Avers hätte dann Subventionen und der in Thusis nicht. Das ist aber eine politische Frage, ob Sie das dann wollen. Aber die Theorie wäre genau die gleiche oder? Weil dann ginge es darum, mehr Geld in die potenzialarmen Räume zu bringen, damit sich dort die Wirtschaft natürlich entwickeln kann, wobei dort je kleiner der Raum ist, der Faktor zweieinhalb bis drei dann nicht stimmt oder? Wenn sie einen ganz kleinen Raum haben, dann haben Sie gar nicht so viele Möglichkeiten, dann im gleichen Raum zusätzliche Unternehmer zu befruchten. Dort ist es dann praktisch nur noch der normale Lebensbedarf. Aber die Theorie ist genau die gleiche. Darum bitte ich Sie schon, hier bei dem Antrag der Kommission zu bleiben, weil sonst ist es nicht mehr handhabbar. Dann sind Sie zufällig, wieso Sie hier oder hier Geld verteilen. Das können Sie auch in der Anwendung dann nicht mehr korrekt handhaben.

Heinz: Ich danke sehr für die Ausführungen und gehorche einmal niederträchtig. Der Kommissionspräsident Urs Marti, hat mich gebeten keinen Antrag zu stellen, somit werde ich keinen Antrag stellen. Noch ein Wort an den Herrn Regierungsrat, ich finde es eigentlich, ich bin fast traurig, wir hatten eben mal so Sondernutzungsräume miteinander besprochen und auch aufgearbeitet und jetzt sind die plötzlich gestorben. Und das tut mir ein bisschen leid. Das war eigentlich die Möglichkeit gewesen, wo man so irgendwie etwas daraus machen könnte. Ich verzichte auf diesen Antrag, werde dann später einen anderen bringen.

Regierungsrat Trachsel: Ja, ich habe im Eintreten gesagt, auf die Anfrage von Grossrätin Lorez, dieser Auftrag von Grossrat Stoffel wird nicht abgeschrieben. Also er ist immer noch offen und Sie haben dann im Gesetz zu entscheiden, ob Sie das wollen oder nicht. Also es ist nicht so, dass es gestorben ist, sondern es ist nicht politisch erledigt.

Standespräsident Campell: Wir kommen zu Punkt zwei. Grossrat Aurelio Casanova.

Casanova (Ilanz): Regierungsrat Trachsel hat es vor der Mittagspause erwähnt, die potenzialarmen Räume, und ich hatte gestern Abend die gleichen Gedanken, als dieser Bericht vor einigen Jahren auf dem Tisch war, ging ein Raunen durch die Bündner Täler. Man hat immer davon gesprochen, ja es gibt schon Potenziale, die Frage ist nur, wie man die in Wert setzen kann. Und wenn ich heute das unseren Kanton anschau stelle ich fest, dass die Inwertsetzung in den Zentren vermutlich etwas einfacher ist, als in der Peripherie. Wir reden aber heute über einen Zukunftsbericht und wenn ich da Begriffe wie Verzichtsplanung und gezielter Abbau lese, so geht das in die gleiche Richtung und es ist für mich eine Absage an die gelebte Solidarität in unserem Kanton. Und ich stelle auch einen gewissen Pessimismus in diesem Bericht fest, der mir nicht so ganz gefällt. Die Stossrichtung, wie sie da formuliert ist, darf meiner Meinung nach, so nicht stehen bleiben. Denn ich meine, dass die Verzichtsplanung, auch wenn die teilweise gerechtfertigt ist, zuhanden der Peripherie durchgeführt wird. Ich bin

auch der Meinung, dass wir keine Sanierungen und keine Unterstützungen von nicht marktfähigen Betrieben unterstützen sollen. Aber eine generelle Aussage, wie Verzicht auf strukturerehaltene Massnahmen, ist meines Erachtens in diesem Bericht völlig falsch. Was ist darunter zu verstehen, geht es um die Strukturen im engeren Sinn, sprich auf Stufe Betrieb oder Unternehmen oder sind die grundsätzlichen Lebensstrukturen des ländlichen Raums gemeint? Kommissionspräsident Urs Marti hat es konkretisiert. Trotzdem bleibt bei mir ein gewisses Unbehagen. Schaffen wir in Zukunft eine Zweiklassengesellschaft in unserem Kanton bezüglich Wirtschaftsentwicklung. Natürlich ist die Landwirtschaft, natürlich ist der Tourismus ein wichtiges Standbein im ländlichen Raum, das muss mir glaube ich niemand sagen. Doch das alleine genügt nicht, das wurde heute auch schon mehrfach erwähnt, um die dezentrale Besiedlung zu erhalten. Wir brauchen minimale Infrastrukturen, wir brauchen einen Service Public und wir brauchen auch Angebote im Bereich Freizeit und Unterhaltung, sonst wandern die jungen Leute, die jungen Familien ab. Die Konkurrenz mit den angrenzenden Kantonen im Bezug auf die Wirtschaft ist vorhanden, das ist mir auch bewusst, wir brauchen gute Rahmenbedingungen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Es gibt aber auch innerkantonale Konkurrenz und da meine ich, dass es aber die Möglichkeit braucht, bei Neuansiedlungen eine stärkere Förderung in der Peripherie anzubieten. Wie soll sonst ein Betrieb, der sich für den Standort Graubünden entscheidet, z.B. in die Val Müstair oder in die Obere Surselva geholt werden? Die Nachteile namentlich in Bezug auf Erschliessung sind offensichtlich. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte sind nicht sehr erbauend und wenn die Baubranche wegen der Zweitwohnungsinitiative auch noch zu stottern beginnt, muss sich die Peripherie auf schwere Zeiten einstellen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeiten ändern sich und es wird eine Konzentration in den wirtschaftlich starken Räumen geben, das geht aber ganz von selbst und es scheint mir nicht angebracht, dass die Regierung in einem Wirtschaftsbericht diese Entwicklung noch forciert. Wir als Volksvertreter müssen da Gegensteuer geben. Der Kanton Graubünden ist stolz auf seine Vielfalt, auf seine 150 Täler und seine Eigenheiten, das gibt es aber nicht zum Nulltarif. Die jetzige Formulierung der Stossrichtung ist für mich als Vertreter einer peripheren Region nicht akzeptabel. Ich stelle deshalb den Antrag, die Stossrichtung neu zu formulieren, weiss aber gut genug, dass eine schlanke Formulierung schwierig ist. Ich bin deshalb dankbar, wenn aus der Ratsmitte eine sinngemäss bessere Formulierung vorgeschlagen wird. Wichtig ist für mich, dass die Begriffe strukturerehaltend gestrichen werden und die stärkere Förderung wirtschaftlich schwacher Gebiete nicht verunmöglicht wird. Mein neuer Vorschlag für die Formulierung nur, und ich spreche jetzt hier nur vom ersten Satz. Also der Satz der heute da steht: „Auf strukturerehaltene Massnahmen wie die Unterstützung von Sanierungen oder eine explizit stärkere Förderung wirtschaftlich schwacher Gebiete verzichten“. Diesen Satz möchte ich ersetzt haben durch die folgende Formulierung: „Auf Massnahmen zur Unterstützung von nicht marktfähigen Unternehmen und von Sanierungen

ist zu verzichten. Für wirtschaftlich schwächere Gebiete können stärkere Förderungsmassnahmen vorgesehen werden.“ Ich danke Ihnen für die Unterstützung meines Antrags.

Antrag Casanova (Ilanz)

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:
Erster Satz ersetzen durch folgende Formulierung:

Auf Massnahmen zur Unterstützung von nicht marktfähigen Unternehmen und von Sanierungen ist zu verzichten. Für wirtschaftlich schwächere Gebiete können stärkere Förderungsmassnahmen vorgesehen werden.

Marti; Kommissionspräsident: Darf ich Kollege Heinz den Vorzug geben und am Ende sprechen?

Heinz: Ich habe eigentlich einen ähnlichen Antrag formuliert und wollte den einbringen, aber der von Ratskollege Aurelio Casanova ist besser und somit werde ich auf meinen verzichten. Die Begründungen, hat er gesagt, und vor allem möchte ich noch eines hervorheben, ist die Geschichte um die Zweitwohnungsinitiative, die angenommen ist. Ich meine, wir sind schon allein durch diese Zweitwohnungsinitiative in der Peripherie gestraft genug, dass das Baugewerbe abzieht und andere Unternehmen auch, eben in unsere wichtigen Räume da, ins Churer Rheintal und so. Diese Strafen sind eigentlich recht hart, aber gegen das können Sie und ich nichts machen, aber dann sollten wir dann nicht noch negative Wörter einbringen, die uns nochmals abstrafen. Also ich unterstütze die Stossrichtung von meinem Ratskollegen Casanova.

Marti; Kommissionspräsident: Ratskollege Casanova stellt den Antrag, den Begriff "Strukturerehaltene Massnahmen" zu ersetzen durch "nicht marktfähige Unternehmen". In diesem Sinne, dass nicht marktfähige Unternehmen unterstützt werden, würden wir uns wahrscheinlich schnell einig sein, das ist schlichtweg auch sinnlos. Die Frage ist, ob mit seinem Vorschlag denn auch eben strukturerehaltene Massnahmen, die über eine Unternehmung hinausgehen, auch berücksichtigt sind oder nicht. Die Kommission möchte eben generell strukturerehaltene Massnahmen, soweit sie im Wirtschaftsentwicklungsgesetz bezahlt werden, eigentlich nicht vorantreiben. Überall dort, und ich sage es noch einmal gerne zur Präzisierung, überall dort, wo die Strukturhaltung der Regionen durch die Spezialgesetzgebung Strassen beispielsweise, Kommunikation, Breitbandversorgung etc. geschieht, dann muss man klar sagen, das darf nicht unter dieser Bestimmung subsummiert werden. Das ist separat zu betrachten und ich glaube, auch hier haben die Regionen absolut Recht, wenn sie auf ihre entsprechende Infrastrukturen pochen. Ist aber nicht in der Spezialgesetzgebung des Wirtschaftsentwicklungsgesetzes richtig platziert nach Meinung der Kommission und nach Meinung der Regierung. Deshalb glauben wir einfach, dass mit diesen bescheidenen Budgetbeträgen von 20 Millionen Franken generell strukturerehaltene Massnahmen nicht unterstützt werden sollen. Dann zum Zweiten regt Kollege Casanova an, dass die explizit

stärkere Förderung wirtschaftlich schwacher Gebiete ersetzt wird durch eine Kann-Formulierung, dass stärkere Fördermassnahmen auch in diesen Gebieten vorgesehen sein können. Wir haben im Wirtschaftsentwicklungsgesetz schlechte Erfahrung gemacht mit Kann-Formulierungen. Sie sind dann zumeist ungenau und in der Umsetzung unklar, welchen Auftrag wir der Regierung dann damit auch erteilen möchten, und mitunter war auch die Freiheit der Regierung kritisiert seitens der Grossräte. Die Kommission ist hier der Meinung, dass man eine Gleichbehandlung der verschiedenen Regionen erreichen möchte und nicht explizit eine schwächere Region stärker unterstützen soll, noch einmal, im Rahmen dieser nur 20 Millionen Franken, Möglichkeiten, die bestehen. Die meisten Gelder sind verplant, das hat Herr Regierungsrat heute aufgezeigt mit den verschiedenen Zahlen, wie die 20 Millionen Franken aufgesplittert sind, weshalb eine explizit stärkere Förderung schlichtweg keinen Sinn macht. Aber auch, ich betone das auch, käme nicht eine schwächere Förderung, eine, bitte sehr, Gleichbehandlung, wollen wir der Regierung auf den Weg geben. Und deshalb bitte ich Sie, gemäss Fassung der Kommission zu bleiben.

Bondolfi: Eine Verständnisfrage, Herr Kommissionspräsident: Ist die einzelbetriebliche Förderung dem Grundsatz nicht eine strukturhaltende Massnahme und befinden sich diese nicht heute im geltenden Gesetz? Gehe ich richtig in dieser Annahme? Worum geht es beim Antrag Casanova? Es geht darum, dass wir gleichlange Spiesse haben auch für die Regionen. Dieses Schlagwort fällt immer wieder von Seiten des Kantons Graubünden, wenn es um die nationale Wirtschaftspolitik geht. Genau das wollen wir auch innerhalb des Kantons. Unterstützen Sie den Änderungsantrag Casanova.

Regierungsrat Trachsel: Ich gebe zuerst die Antwort zu Grossrat Bondolfi. Es hat zwar einen Kommissionspräsidenten, aber ich gebe ihm die Antwort. Also erstens: Die Regierung und die Kommissionsmehrheit will keine einzelbetriebliche Förderung, weil eine gewisse Konkurrenzierung nie ganz ausgeschlossen werden kann. Wobei, so wie wir sie bis jetzt angewendet haben, war es natürlich abhängig vom Volumen, die dieser Betriebszweig, wo eine Förderung gewünscht wurde, wie viel davon eben exportiert wurden. Also es wurde immer bei den Beiträgen berücksichtigt. Aber es ist immer klar, wenn Sie Grenzen schaffen, schaffen Sie an der Grenze Ungerechtigkeit. Ich sage dies Ihnen an einem Beispiel des Bundes. Das ist mir ein bisschen neutraler, als die eigenen. Sie kennen den Boni-Beschluss des Bundes. Bisher war es so, dass das Sarganserland Steuererleichterungen vom Bund, erhielt, der Bund Boni geben konnte, weil es im Kanton St. Gallen strukturschwach ist. Das Bündner Rheintal konnte das nicht geben, weil aus Sicht von Bern das Bündner Rheintal strukturstark ist, im Kanton Graubünden. Jetzt erklären Sie mir, wieso die Wirtschaft im Sarganserland schwächer sein soll, als in Landquart? Aber der Bund hat diese Grenze geschaffen und darum sehen Sie, das wird natürlich dann in der Anwendung immer schwierig. Und es ist klar, wie Kommissionspräsident Marti gesagt hat, wir sprechen

hier von der Wirtschaftsförderung im engeren Sinn, also von dem, was wir im Wirtschaftsförderungsgesetz dann später umzusetzen haben. Dieser strukturhaltende Artikel war im vorvorletzten Wirtschaftsentwicklungsgesetz von Graubünden noch drin. Also Regierungsrat Brändli hat das Gesetz geschaffen, Regierungsrat Huber hat es dann geändert vor gut zehn Jahren. Und in der Politik war er als sogenannter Trunserartikel bekannt. Damit ist auch ausgesagt, um was es ging. Man hat die Tuchfabrik Trun etwa drei Mal finanziell unterstützt und es gibt sie trotzdem nicht mehr, weil es eben schwierig ist, dann Betriebe zu unterstützen, die es nicht mehr gibt. Das passiert uns immer wieder, also wenn Sie gestern oder heute die Zeitung aufgemacht haben, Reka-Dorf Pany, für mich eine Riesen-Enttäuschung. Wir haben vor einigen Jahren dort gemeinsam mit der Gemeinde Geld investiert und Reka würde ich noch irgendwo im sozialen Ferienbereich ansiedeln. Aber wenn es halt dann nicht mehr geht, steigen auch die aus. Darum sage ich, wir würden ja dann strukturhaltende Betriebe unterstützen, das sind die, wo wir wissen, dass sie eigentlich ohne unsere Unterstützung nicht mehr marktfähig sind und mit den doch relativ bescheidenen Beiträgen, die wir haben, können sie keine Strukturveränderung finanzieren. Das ist schlicht und einfach nicht möglich.

Ich habe Ihnen gesagt, wenn Sie im Gesetz dann die potenzialarmen Räume anders behandeln wollen, wir machen hier den Vorschlag es nicht zu tun, dann können Sie das tun, aber Sie müssen dann natürlich genau definieren, was dann potenzialarme Räume sind. Eine Vorlage haben Sie in dem Bericht, den alle eigentlich lieber nicht angeschaut haben. Plötzlich wird er dann sehr interessant, das habe ich zwar immer prophezeit, aber wir werden es dann sehen, weil, oder wenn Sie sagen, strukturschwächere Gebiete, dann ist im Einzelfall natürlich dann jeder im Vergleich zum Nachbar strukturschwach. Und dann wird es wieder in der Anwendbarkeit sehr anspruchsvoll. Darum möchten wir auch ein Gesetz schaffen, oder hier darüber diskutieren, wie ein Gesetz geschaffen werden soll, das man dann auch anwenden kann. Sonst muss ich Ihnen schon sagen, sonst werden einfach die Leute im AWT immer kritisiert, weil sie müssen sich dann eine Messlatte setzen und derjenige, der ein Ja bekommt, der schweigt bekanntlich und derjenige der ein Nein bekommt, der kritisiert. Weil es eben dann nicht ganz klar ist, was man meint. Wie gesagt, Sie haben die Möglichkeit, im Gesetz das zu schaffen. Wir sind der Meinung, es sei sehr heikel im Anwenden und aus diesem Grunde möchte ich euch schon bitten, wie die Kommissionsmehrheit und die Regierung, bei der Formulierung zu bleiben, wie sie von der Regierung und der Kommission vorgeschlagen wird.

Casanova (Ilanz): Eine ganz kurze Antwort noch, oder eine Reaktion. Ich habe ja gesagt, die Formulierung ist vielleicht nicht ganz perfekt, man kann darüber reden, aber mich stört einfach der Begriff strukturhaltend in diesem ersten Satz und da glaube ich, das müsste man streichen. Es ist für mich irgendwie schon komisch, wenn man sagt, wir möchten gleichlange Spiesse für alle. Soll mir einer hier im Saal erklären, wie die obere Surselva oder das hintere Lugnez, die gleichlangen

Spiesse hat, wie das Rheintal, wenn es um die Frage geht Betriebe anzusiedeln. Das ist einfach ein Gedanke, den ich nicht nachvollziehen kann, natürlich wird in Sektoralpolitiken alles gemacht, das ist mir auch klar, aber auch dort ist die Peripherie benachteiligt. Schauen Sie die Strassenverbindungen an, schauen Sie die Bahnverbindungen an, wir haben in unserer Gemeinde Fraktionen, die heute das Minimum an Internetverbindung haben, die nicht einmal mit einem normalen PC arbeiten können. Wenn wir zur Swisscom gehen, sagen sie: „Wir haben einen Grundauftrag, alles andere interessiert uns nicht“. Also da soll mir noch jemand sagen wir hätten gleichlange Spiesse, also das ist also schon fast ein wenig paradox. Dann noch die Frage was heisst wirtschaftlich schwach, im Bericht steht ja, auf die explizit stärkere Förderung wirtschaftlich schwacher Gebiete ist zu verzichten. Jemand muss ja entscheiden, welche Gebiete wirtschaftlich schwach sind. Also ich denke, da sind gewisse Widersprüche und ich bestehe auf meinem Antrag und hoffe, dass er unterstützt wird.

Regierungsrat Trachsel: Einfach noch zur Klärung. Also bei Ansiedlungen ist die Situation ja sowieso anders. Also es kann ja nicht eine Strukturereinigung sein, wenn jemand sich ansiedelt, dann gehen wir nicht davon aus, dass er schon in der Sanierungsphase ist. Aber strukturerhaltend heisst für uns natürlich Betriebe, die dort sind, aus irgendeinem Grund nicht mehr können, finanzielle Gründe, und dann zum Kanton kommen und sagen, helft uns damit wir diese finanzielle Schwäche überbrücken können, weil wir sehen dann wieder eine Chance. Und dann gibt man Geld in einen Betrieb, der eigentlich von der Wirtschaftskraft her nicht mehr dabei wäre, das ist strukturerhaltend oder, die Struktur ist nicht mehr vorhanden den Betrieb zu führen ohne öffentliche Mittel und wir müssten dann Beiträge sprechen, dass dieser Betrieb seine Rechnungen bezahlen kann, damit er weiter existieren kann, das ist ja das Problem. Darum habe ich auch gesagt, ohne jetzt hier nochmals alte Geschichten aufwärmen zu wollen, in Form vom letzten Gesetz war er bekannt unter dem Trunserartikel, weil eben Trun ist ein typisches Beispiel, es war einmal ein wichtiger Wirtschaftszweig in der oberen Surselva, Tuchfabrik, alle kennen es, aber heute ist halt die Textilindustrie, wenn man nicht spezialisiert ist wie zum Teil im Appenzeller Land, aus der Schweiz verschwunden in Länder mit tiefen Löhnen. Und ob man dann immer noch Geld nachschiebt, in der Hoffnung ein, zwei, drei Jahre einen Betrieb erhalten zu können, das müssen Sie selber entscheiden, ich bin aber der Meinung, dass es der falsche Weg ist.

Müller: Ich habe doch noch eine Frage zu diesem Punkt Strukturerhaltung. Es steht da auf strukturerhaltende Massnahmen wie die Unterstützung von Sanierung oder explizit stärkere Förderung wirtschaftsschwacher Gebiete, heisst das, dass in wirtschaftsstarken Gebieten trotzdem strukturerhaltende Massnahmen getätigt werden sollen, das ist einfach der Umkehrschluss aus diesem Satz. Ich möchte vielleicht auch weiter ausholen um nachher nicht mehr das Wort ergreifen zu müssen unter der Förderung der einzelbetrieblichen Förderung. Wenn

wir zu der Wirtschaftsförderung im engeren Sinne sprechen, dann müssen wir eins sagen, um was geht es hier? Es geht erstens um wenig Geld, es geht nicht um grosse Beträge, es geht darum, dass wir hauptsächlich zwei Arten von Finanzierung haben. Wir haben Risikokapital oder wir fördern oder motivieren Betriebe dazu in unsere Regionen zu kommen. Wenn wir nicht die Bereitschaft haben Geld zu verlieren, dann können wir auf diese ganze Stossrichtung verzichten. Wenn wir in diese Stossrichtung eintreten, dann müssen wir die Bereitschaft haben Geld zu verlieren und dann ist es für mich nicht mehr so relevant, ob es dann bei einer vielleicht falschen Strukturerhaltung oder bei einer einzelbetrieblichen Förderung stattfindet. Es ist gesprochen worden vom Landwirt oder vom Bauer, der säen muss um zu ernten. Ich komme mir vor wie ein Bauer, der auf die Saat verzichtet, aus Angst, dass die Ernte vom Hagel zerstört wird. Also ich appelliere an Sie, haben Sie den Mut hier ein bisschen Freiraum zu schaffen, genauere Kriterien müssen wir, da kommen wir nicht drum herum, im Wirtschaftsgesetz festhalten. Darum ich unterstütze den Antrag Casanova, ich unterstütze auch nachher den Antrag der Kommissionsminderheit bezüglich einzelbetrieblicher Förderung.

Regierungsrat Trachsel: Ich bitte Sie schon die Gebiete auseinander zu halten, wir haben etwa achtzig Stossrichtungen, wenn Sie anfangen diese zu mischen, dann wird es dann sehr wahrscheinlich schwierig. Grossrat Müller, bleiben Sie bei der zweiten Stossrichtung, Sie haben bei der dritten noch alle Möglichkeiten noch einmal zu sprechen, zur einzelbetrieblichen Förderung. Strukturerhaltend, das heisst, das sind Betriebe, die nicht mehr überlebensfähig sind. Und Sie können mit öffentlichen Mitteln noch erhalten werden, das ist die Frage, die wir hier diskutieren. Wie Sie dann bei der Neuansiedlung entscheiden, trennen Sie das einfach klar, weil sonst wissen wir dann nicht was wir zu tun haben im Gesetz. Darum müssen Sie es klar trennen, wir sprechen hier von strukturerhaltenden Massnahmen und wenn die Struktur nicht mehr gegeben ist ohne unsere Hilfe, kann sie möglicherweise noch erhalten werden, in dem man kantonale Mittel in diesen Betrieb hinein pumpt. Wir haben einfach die Erfahrung gemacht, dass es letztlich eben nicht funktioniert. Und darum sind wir der Meinung, darauf zu verzichten. Ob Sie dann beim nächsten Artikel, wie Sie dann bei der einzelbetrieblichen Förderung, also bei Neuansiedlungen entscheiden, das müssen Sie separat diskutieren.

Standespräsident Campell: Will sich noch jemand zu Wort melden? Wenn das nicht der Fall ist, lese ich Ihnen nochmals den Antrag Casanova vor, um dann abzustimmen. Grossrat Casanova stellt folgenden Antrag: Er streicht den ersten Satz gemäss Botschaft und will ergänzen mit auf Massnahmen zur Unterstützung von nicht marktfähigen Unternehmen und von Sanierungen ist zu verzichten. Für die wirtschaftlich schwächeren Gebiete können stärkere Förderungsmassnahmen vorgesehen werden und dann weiter gemäss Botschaft. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Meinung ist, die Fassung gemäss Botschaft zu unterstützen, drücke die Taste Plus,

wer den Antrag Casanova unterstützen will, drücke die Taste Minus, wer sich der Stimme enthalten will, die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben mit 70 Stimmen gegen 42 Stimmen, mit 1 Enthaltung, den Vorschlag Kommission und Regierung gutgeheissen. Wir fahren weiter mit dem Punkt drei, hier haben wir einen Kommissionsmehrheits- und einen Minderheitsantrag. Ich erteile das Wort dem Kommissionspräsidenten Grossrat Marti.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission mit 70 zu 42 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

• **Auf die einzelbetriebliche Förderung im industriell-gewerblichen Bereich künftig verzichten. Ausnahmen gelten hinsichtlich der Unterstützung touristisch systemrelevanter, zentraler Infrastrukturen.**

a) *Antrag Kommissionsmehrheit* (7 Stimmen: Davaz, Engler, Marti, Peyer, Stiffler [Davos Platz], Stiffler [Chur], Wieland); Sprecher: Marti)
Gemäss Botschaft

b) *Antrag Kommissionsminderheit* (3 Stimmen: Caduff, Cavegn, Tomaschett [Breil]; Sprecher: Cavegn)
Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:
Auf die einzelbetriebliche Förderung sei nicht zu verzichten.

Marti; Kommissionspräsident: Im Rahmen der Kommissionsarbeit haben wir uns intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt und die Vor- und Nachteile der einzelbetrieblichen Förderung versucht abzuwägen. Wir haben auch sehr gute Informationen erhalten, seitens der Regierung und seitens des AWT. Und es gibt in der Tat Fälle, wo die einzelbetriebliche Förderung zum Erfolg geführt hat und die verschiedenen Teilerfolge wurden uns auch aufgezeigt. Es gibt aber auch natürlich die Frage, inwieweit in diese Grundsätzlichkeit man sich von staatlicher Seite so hineinbewegt. Ich gebe dann vielleicht einzelne Bemerkungen dazu noch ab. Vorweg aber: Die einzelbetriebliche Förderung, die kann zum Tragen kommen bei kurzfristigen Krisen einer Unternehmung beispielsweise, wobei dann immer schwierig abzuwägen ist, ob man nicht plötzlich in dem strukturerhaltenen Bereich sich bewegt, dann für Ansiedlungen oder auch für spezifische regionale Betrachtungen. Ich glaube, wenn Sie von einzelbetrieblicher Förderung reden und diese wollen, dann, es ist nicht immer klar abzugrenzen, von welcher Massnahme Sie dann eben sprechen. Ist es dann eben dieser Artikel für Trun oder für eine Firma, die vielleicht kurzfristig gestützt werden muss. Die Mehrheit der Kommission betrachtete die Gefahr relativ als ausgeprägt, indem dann, wenn eine Unternehmung mit einer anderen Unternehmung in Konkurrenz steht, die eine Unternehmung bekommt dann einzelbetriebliche Förderung und die andere nicht, dass dann eine Wettbewerbsverzerrung stattfindet. Und der Staat sollte nicht wettbewerbsverzerrend eingreifen, weil es eine sehr grosse Gefahr beinhaltet, dass er dann soweit eingreift, dass auch gutgehende Unternehmungen die Motivation verlieren, die Freude

verlieren, oder sogar ihr Geschäft verlieren können. Wir sind der Ansicht, in Abwägung der Vorteile und der Nachteile, dass es nicht sein kann, dass der Staat einseitig dann einzelne Betriebe stützt und andere darunter zu leiden haben. Das wäre ein sehr massiver Eingriff in Bezug auf die Gleichbehandlung der Unternehmungen. Wir haben allerdings heute schon, das muss hier gesagt sein und kommt nachher noch in der Debatte zum Zug, wir haben heute schon Möglichkeiten, über Steuern, beispielsweise, allenfalls wenn Sie dann zustimmen, über Landgeschäfte, Ansiedlungen zu unterstützen. Ansiedlungen im Bereich der Steuern beispielsweise, die nur dann eben den Staat etwas kosten, wenn erfolgreich gearbeitet wird. Das Risiko verbleibt bei den Unternehmungen und wird nicht auf den Staat überwältigt. Diese traditionellen Förderinstrumente, da ist die Kommission der Meinung, die sollten grundsätzlich gepflegt werden. Aber heute besteht je länger je mehr ein Wettbewerb um Ansiedlungen von Kantonen, von Städten, ja sogar von Ländern. Und Unternehmen werden mit Geld geködert, eine Ansiedlung vorzunehmen. Oder weiter sogar, es gibt hier verschiedene fantasievolle Möglichkeiten, dass bis zum Erlass von Stromkosten beispielsweise, Firmen geködert werden, sich anzusiedeln. Und da eröffnet man eine sehr gefährliche Spirale. Eine Spirale, die dazu führt, dass die Unternehmen, die sind clever genug, auf solche Angebote zu reagieren, das ist ja auch nachvollziehbar, dass die Unternehmen beginnen, die verschiedenen Landesteile, Regionen oder sogar europäisch, die Länder sich gegenseitig auszuspielen. Mit dem Effekt, dass eine Spirale nach oben entsteht. Eine Spirale nach oben, die nach immer mehr staatlichen Mitteln ruft, um Arbeitsplätze zu erhalten. Ich glaube, wir dürfen ordnungspolitisch uns nicht auf dieses Spiel einlassen. Es ist ein Fass ohne Boden. Und es ist die Büchse der Pandora, die dann geöffnet wird. Wer diese Spirale mitmacht, muss sich dann nicht wundern, wenn er später unter diesen Kosten und Folgen leidet. Wir wollen entschieden dagegen antreten, dass es unter Staatsgebilden, unter Kantonen, unter Städten und Gemeinden, nicht opportun sein kann, mit Steuergeldern Unternehmungen einander abzujagen. Das ist aus Sicht der Mehrheit der Kommission der falsche Weg. Die Kommission ist sich bewusst, dass im Einzelfall, im Einzelfall damit auch Fehlentscheide provoziert werden können. Und dass der Einzelfall, und hier auch mit sehr guter Arbeit des AWT, dank der einzelbetrieblichen Förderung auch Arbeitsplätze erhalten werden konnten. Aber sind diese Arbeitsplätze dann langfristig gesichert, wenn solche Unternehmen dann vielleicht dieses Spiel mitspielen und sich dann, vielleicht zehn Jahre später, wieder woanders ansiedeln? Also hier glauben wir, dass über die Steuern, über die Landpolitik, wesentlich nachhaltiger eine Ansiedlungspolitik erreicht werden kann. Und schliesslich dürfen wir unsere starken Vorteile der Schweiz nicht unter den Scheffel stellen. Wir haben politische Stabilität. Wir haben Währungssicherheit. Wir haben nachvollziehbare Gesetze. Und das sind erhebliche Standortvorteile. Von Ratskollegin Florin wurde die Bildung angesprochen im Eintretensvotum. Auch dort sind Gelder nötig. Ich glaube, wir haben viel mehr Skalierungseffekte, wenn wir die Gelder dann in die Bildung investieren, als in einem

ruinösen Wettbewerb einzusteigen, um Firmen abzuwerben. In diesem Sinne reicht das Geld auch nicht aus, um diesen Wettbewerb anzugehen. Und aus diesem Grund schlägt Ihnen die Kommission vor, auf die einzelbetriebliche Förderung, im Sinne von Zahlungen an industriell gewerbliche Betriebe, zu verzichten.

Cavegn; Sprecher Kommissionsminderheit: Ich stelle im Namen der Kommissionsminderheit den Antrag auf Abgabe einer Erklärung wie folgt: Auf die einzelbetriebliche Förderung sei nicht zu verzichten. Ich begründe das wie folgt: Mit der Frage der Weiterführung oder eben Einstellung der einzelbetrieblichen Förderung wird sicher eines der Kernthemen der Wirtschaftsentwicklung heute im Grossen Rat angesprochen. Die einzelbetriebliche Förderung ist ein Förderinstrument, das schon vor gut zehn Jahren im Rahmen des Wirtschaftsentwicklungsgesetzes vom Grossen Rat hier als sinnvoll erachtet worden war, und das eigentlich im Kanton Graubünden durchaus eine Erfolgsgeschichte schreiben durfte. Auch wenn sie PR-mässig einzig und alleine im Rahmen der Debatte um das Sägewerk in Erinnerung bleibt. Aber die Erkenntnis aus der Wirtschaftsförderung ist nämlich eine positive, wie den allen Grossrätinnen und Grossräten zugegangen Unterlagen des Amtes für Wirtschaft und Tourismus zu entnehmen ist. Es wurde damit keine Büchse der Pandora geöffnet und es ist dabei auch nicht um einen „Truns-Artikel“ gegangen. Die einzelbetriebliche Wirtschaftsförderung ist nämlich wichtig für die Bestandespflege. Investitionsbeiträge und Darlehen sind ein entscheidender Vorteil, Wettbewerbsnachteile können teilweise kompensiert werden. Die einzelbetriebliche Förderung war verantwortlich dafür, dass acht grössere Abwanderungen verhindert werden konnten. Gemäss dem AWT konnten 700 Arbeitsplätze gesichert und 210 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Wie in den Ihnen zugestellten Unterlagen zu entnehmen ist, wird die Beibehaltung der einzelbetrieblichen Förderung ausdrücklich empfohlen. Ich schliesse mich dieser Empfehlung an und ich meine, wir sollten dieses Thema nicht unter einer strengen liberalen und ordnungspolitischen Ideologie behandeln. Wir leben weder in New York, Mailand oder Zürich mit den entsprechenden Standortvorteilen, sondern wir leben im Kanton Graubünden, im peripheren Kanton Graubünden. Und Tatsache ist, wir sind unter Druck, wir haben einen Standortnachteil, gerade auch im industriell gewerblichen Bereich. Unsere Nachbarn rund um uns herum betreiben teils ausgedehnt einzelbetriebliche Förderungen, mit vielen Förderungsmassnahmen von Zinszuschüssen, Bürgschaften, Beiträgen, verbilligtem Land, nur schon in den Nachbarkantonen, vom nahen Ausland ganz zu schweigen. Natürlich ist es nachvollziehbar, dass die einzelbetriebliche Förderung bei denjenigen, welche keine Förderung bekommen haben, eine Abneigung, vielleicht Unbehagen erzeugt, dies wohl aus einer im Einzelfall dann doch unbegründeten Angst, dass andere im Wettbewerb bevorteilt würden. Diese zuweilen kolportierte Abneigung aber darf für uns im politischen Bereich nicht ausschlaggebend sein. Aus Angst dass die politische Bereitschaft nicht vorhanden sei, möchte die Regierung nun auf die einzelbetriebliche Förderung im industriell-gewerblichen Bereich verzich-

ten. Das heisst, eigentlich möchte die Regierung gar nicht verzichten, wie implizit dem Bericht zu entnehmen ist und auch in den Medien ziemlich offenherzig kundgetan wurde. Umso erstaunlicher aber erscheint die Begründung, weshalb darauf jetzt doch vollständig verzichtet werden soll. Ich meine es müsste parteiübergreifend doch Einigkeit darüber bestehen, dass die Sicherung bestehender Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, einer der wichtigsten Aufgaben unseres Rates und die Herausforderung dieses Kantons ist. Und zwar nicht nur für die Tourismusbranche, wo die ideologischen Grundsätze, warum auch immer, offenbar weniger zählen als für den industriell-gewerblichen Bereich. Auch nicht einsehbar ist für mich, was denn der Unterschied zu anderen inhaltlich ebenfalls einzelbetrieblichen Förderinstrumenten, wie Landerwerb, Steuererleichterungen und dergleichen sein soll. Wir kommen ja später insbesondere auch zu den Steuererleichterungen, welche ja konsequenterweise auch zur Diskussion gestellt werden müssen. Vielleicht tut es einfach nur etwas weniger weh, weil im Voraus nicht feststeht, wie hoch der erlassene Betrag ist, weil man eben nicht geben, sondern nur nicht nehmen muss.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es gibt hier und heute im Stadium der Diskussion eines Wirtschaftsentwicklungsberichtes nach meinem Dafürhalten schlicht keinen Grund, ohne Not auf die heute zur Verfügung stehende und bewährte Palette an kantonalen Förderinstrumenten zu verzichten. Wir können uns solches im interkantonalen und im internationalen Kontext gar nicht leisten. Ich sehe entgegen dem Antrag, welchen später die SP noch begründen wird, auch nicht ein, weshalb hinsichtlich der einzelbetrieblichen Förderung innerhalb des industriell-gewerblichen Bereiches auch noch eine Beschränkung auf Forschung, Entwicklung und Innovation innerhalb eines Betriebes eingeführt werden soll. Nichts gegen Forschung, Entwicklung und Innovation. Niemand ist dagegen und natürlich wünschen wir uns starke Unternehmungen in diesem Bereich. Aber die Wirtschaft besteht ja nicht nur aus solchen Unternehmungen. Und Grossrat Pult hat ja heute selbst im Eintretensvotum festgehalten, dass die Wirtschaft nur bedingt politisch lenkbar ist. Damit scheint mir auch der von der SP gewählte Fokus zu riskant. Dem Kanton sollen bei der Unterstützung in der Ansiedlung die Hände jedenfalls nicht gebunden werden. Es wären im Übrigen wohl nicht alle vom AWT geschaffenen Ansiedlungen möglich gewesen, wenn ausschliesslich diese von der SP jetzt verwendeten Kriterien massgebend gewesen wären. Vielmehr müssen wir doch schauen, dass das notwendige Wachstum in der Privatwirtschaft ganz grundsätzlich mittels Ausbau bestehender und Ansiedlung neuer exportorientierter Unternehmen erreicht werden kann. Es besteht andernfalls die Gefahr auch beim Antrag der SP, dass auf Anforderungen abgestellt wird, denen man auch gar nicht nachleben kann. Stichworte: Fehlendes Bildungsangebot im Kanton Graubünden und die fehlenden qualifizierten Arbeitsplätze. Wir schaffen uns damit weitere Beschränkungen, die wir uns im wirtschaftlichen Umfeld schlicht und einfach nicht leisten können und die halt im Einzelfall für die Ansiedlung nicht behilflich sind. Und wir schaffen auch zudem unterschiedliche

Arten von förderwürdigen Unternehmungen. Ich meine zusammenfassend, dass wir für die zukünftigen Aufgaben Spielraum brauchen. Und wenn der Vorwurf der Willkür in der einzelbetrieblichen Förderung in den Raum gestellt wird, den staatliche Unterstützung gewissermassen immer mit sich bringe, so weise ich doch darauf hin, dass das AWT nicht durch übertriebene Förderungen oder gar durch ein Giesskannenprinzip aufgefallen wäre. Eher ist der Vorwurf zu hören, dass die Fördermittel allzu zurückhaltend gesprochen worden wären. Behalten wir alle Förderinstrumente, die es uns als Kanton Graubünden ermöglichen im Standortwettbewerb mitzuhalten und dazu gehört eben auch die einzelbetriebliche Förderung im industriell gewerblichen Bereich. Die genaue Ausgestaltung ist im Gesetz beziehungsweise dann später in der dazugehörigen Verordnung vorzunehmen. Eine Erschwerung der heutigen Situation lehne ich ab.

Standespräsident Campell: Sind weitere Wortmeldungen von Kommissionsmitgliedern? Dies ist nicht der Fall. Somit eröffne ich die Diskussion fürs Plenum. Grossrat Pult, Sie haben das Wort.

Pult: Kollege Cavegn hat ja schon darauf hingewiesen und Sie wissen es, glaube ich auch, dass wir einen dritten Antrag stellen, dass ich einen dritten Antrag stelle. Bevor ich zum Antrag komme einfach noch ein paar grundsätzliche Überlegungen, weil die Debatte wurde auch sehr grundsätzlich auch vom Kommissionspräsidenten und in diesem Fall dem Sprecher der Kommissionsmehrheit geführt. Ich glaube, auf einer ordnungspolitischen Ebene – und Ordnungspolitik ist ja eigentlich ein Synonym teils, wenn man so will auch Ideologie, weil man geht davon aus, dass die Ordnungspolitik die Politik ist, die sagt, in welcher Ordnung wir leben –, und da geht es um sehr grundsätzliche Dinge und innerhalb dieser grundsätzlichen Diskussion kann ich die Argumentation von Kollege Marti sehr gut nachvollziehen. Ich sehe auch mit einer gewissen Sorge, wie es im Bereich der Förderung von Unternehmungen, wie er das beschrieben hat, ein Race-to-the-top gibt oder dass man sich in einem ruinösen Wettbewerb befinden kann, wo man immer wie mehr geben muss, um konkurrenzfähig zu bleiben mit dem Nachbarkanton, mit dem Nachbarland, mit der Nachbarregion. Ich sehe genau das gleiche Problem in der Steuerpolitik, wo es ein Race-to-the-bottom gibt. Also wo es eine Konkurrenz gibt der Standorte um die aller tiefsten Steuern. Wir wissen, wie Kollege Caviezel gestern darauf hingewiesen hat, dass die Schweiz daran leidet, dass einzelne Kantone stark daran gelitten haben, dass man in diesem Race-to-the-bottom übertrieben hat und jetzt wieder zurückkriechen muss, trotz harten Abbaumassnahmen, die wir führen müssen. Und deshalb ganz grundsätzlich, und ordnungspolitisch haben Sie Recht, Herr Marti. Allerdings sind Sie, wie alle hier natürlich überhaupt nicht konsequent. Und man macht diese grundsätzliche Frage an einer sehr, sehr kleinen Realität fest. Oder man diskutiert über eigentlich die ganz grundsätzliche Frage, wie wir Wirtschaftspolitik machen und macht das fest an einem Förderinstrument, dass ein Volumen von 0,06 Prozent unseres Kantons-

budgets hat. 1,7 Millionen Franken, also fast nichts. Es ist so zu sagen das Mü innerhalb des schon sehr kleinen Budgets für Wirtschaftsförderung. Und es ist noch weniger so zu sagen nahe an der Realität hier eine Grundsatzdebatte zu führen, wenn man sieht, dass ja in der gleichen Stossrichtung, von denjenigen, die eigentlich ordnungspolitisch sauber argumentieren, dann aber bei der grössten Branche des Kantons, nämlich beim Tourismus da wieder die Grundsätze nicht mehr gelten. Also die ganze Diskussion um Wirtschaftsförderung im engeren Sinne ist ja per se schon die Kapitulation vor der ordnungspolitischen Reinheit. Deshalb finde ich, sollten wir diese Debatte auch nicht so führen. Wie sollten wir sie denn sonst führen? Ich habe schon in meinem Eintretensvotum zu diesem Bericht gesagt, dass man aus meiner Sicht mit den sehr beschränkten kleinen Mitteln, die wir allenfalls in Zukunft noch haben in diesem Kanton, sehr zielgerichtet umgehen sollten. Dass wir uns die Frage stellen sollten, wie können wir mit diesen kleinen Mitteln die maximale Wirkung für eine positive Wirtschaftsentwicklung in unserem Kanton erzielen? Und ich habe Ihnen schon im Eintretensvotum versucht darzulegen, dass aus meiner Sicht, aus unserer Sicht die Förderung von Forschung und Entwicklung und Innovation ganz generell der Schlüssel dazu ist. Denn da ist der Treiber drin für zukünftige Entwicklung, für zukünftiges Wachstum, für zukünftigen technologischen aber auch organisatorischen Fortschritt. Und deshalb glauben wir, dass wir auch hier in diesem Bereich gut daran tun, fokussiert zu argumentieren. Und wir meinen, es wäre ein Fehler, den industriell-gewerblichen Bereich ganz grundsätzlich auszuschliessen aus dieser Möglichkeit der einzelbetrieblichen Förderung. Gleichzeitig glauben wir aber auch, dass es richtig ist wie auch Herr Caduff heute gesagt hat, nicht Fokussierung zu verwässern, sondern Fokussierung zu stärken. Und wirklich da uns Möglichkeiten zu schaffen, wo wir auch Potenzial sehen, dass es wirklich etwas bringt. Und ich habe das auch schon gesagt heute Vormittag, die Literatur ist sich ziemlich einig in der Analyse, dass vor allem die KMU-Wirtschaft der Schweiz und es gilt noch verstärkter für Graubünden ein Problem hat mit Innovationskraft. Und zwar im internationalen Vergleich. Und deshalb glaube ich, wenn wir schon Mittel haben und Mittel wollen in diesem Bereich spezifisch zu fördern, sollten wir da fördern, wo wir wissen, dass das der Wachstumstreiber damit angeordnet werden kann und wo wir wissen, dass wir auch generell als Volkswirtschaft ein Defizit haben. Und deshalb stelle ich, auch namens meiner Fraktion, folgenden Antrag. Abgabe folgender Erklärung, an Stelle des Mehrheits- und/oder des Minderheitsantrages, ich zitiere: „Einzelbetriebliche Förderung im industriell-gewerblichen Bereich ist auf eine gezielte Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation innerhalb des Betriebs zu fokussieren.“ Und dann weiter wie es auch in beiden anderen Varianten steht. „Ausnahmen gelten hinsichtlich der Unterstützung touristisch systemrelevanter zentraler Infrastrukturen.“ Ich glaube, damit haben wir politisch einen gewissen Kompromiss zwischen den beiden ideologischen Gegensätzen und wir schaffen uns den Spielraum in Zukunft noch mehr Hirnschmalz in die Frage zu investieren, wie können wir so zielgerichtet wie

möglich das bisschen an öffentlichen Geldern, was wir hoffentlich zur Verfügung haben um unsere Unternehmungen zu fördern, dass am Schluss das Maximum an Wirkung herauskommt. Ich bitte Sie, diese dritte Option wohlwollend zu prüfen, gut zu überlegen und dann zu entscheiden.

Antrag Pult

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates anstelle des Mehrheits- und Minderheitsantrags:

Einzelbetriebliche Förderung im industriell-gewerblichen Bereich ist auf eine gezielte Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation innerhalb des Betriebs zu fokussieren. Ausnahmen gelten ...

Tomaschett (Breil): Ich spreche für die Kommissionsminderheit. Der Kommissionspräsident hat von Risiko und auch von Scheitern gesprochen. Wer jedes Risiko ausschalten will, der zerstört aber auch alle Chancen. Selbstverständlich besteht das Risiko zu scheitern, wenn wir von einzelbetrieblichen Förderungen sprechen. Die einzelbetriebliche Förderung aus der Gemeinschaftsaufgabe bietet Finanzierungshilfen zum Ausgleich von Standortnachteilen gewerblicher Betriebe in strukturschwachen Regionen durch die Stärkung der Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft sowie die Schaffung und das Sichern von dauerhaften Arbeitsplätzen. Dass dieses Instrument bestens funktioniert und dabei unverzichtbar ist, bestätigt in meinen Augen ein internes Monitoring des AWT, dass von diesem Instrument rund 1000 Arbeitsplätze abhängig waren. Finanzielle Beiträge und Darlehen sind in den verschiedensten Kantonen ein verbreitetes einzelbetriebliches Fördermittel, unter anderem in den Kantonen Glarus, Appenzell, Uri, Tessin, Solothurn, Jura, Bern, Waadt, Wallis und Fribourg. Was haben diese Kantone gemeinsam mit uns? Die ländliche Umgebung und das Gebirge. Im Wettbewerb sind Investitionsbeiträge und Darlehen ein entscheidender Vorteil für investitionslastige Unternehmensentwicklungen. Wettbewerbsnachteile können mit Förderinstrumenten teilweise kompensiert werden. Geradezu im Standortwettbewerb mit dem Nachbarkanton St. Gallen trifft diese These zu. Förderinstrumente sind für die Bestandespflege ebenso wichtig wie für Ansiedlungen. Während den letzten Jahren konnten mit diesem Instrument gerade acht grössere Abwanderungen verhindert werden. Dank einzelbetrieblicher Förderung wurden 2005 bis 2012 im Kanton Graubünden 700 Stellen gesichert und rund 210 neue Arbeitsplätze geschaffen. Ja geht es denn uns so gut, dass wir auf solche Chancen verzichten möchten? Des Weiteren sind 7,6 Millionen Franken à fonds perdu-Beiträge geflossen. Dies sind aktuelle Zahlen eines AWT internen Monitorings, frisch ab Presse. Eine weitere Studie des Beratungsunternehmens KPMG kommt zum Schluss, dass Graubünden ohne Förderinstrumente im Wettbewerb um Niederlassungen ins Hintertreffen geraten dürfte. Ich schliesse den Kreis und komme zurück zu meiner Behauptung. Wer Risiko ausschalten will, zerstört auch die Chancen. Zu dieser Behauptung nur so viel: Bis heute wurden gemäss AWT alle Darlehen zu 100 Prozent wieder zurückbezahlt. Was spricht dagegen, dieses Förderinstrument im

Gesetz zu verankern? Einzelbetriebliche Förderung bedeutet für mich in schwierigen Zeiten dazuzustossen, damit man gemeinsam die guten geniessen kann. Bitte unterstützen Sie die Minderheit.

Bondolfi: Ich verhehle Ihnen nicht, dass ich etwas Mühe habe mit der Logik der Regierung. Ich stelle bei ihr auch schon gewisse masochistische Züge fest. Im Schreiben des AWT vom 31.10.2014 ist folgendes zu lesen: „Bisherige Erkenntnisse und Auswertungen zeigen jedoch, dass die einzelbetriebliche Förderung in Graubünden einen deutlich positiven Effekt erzeugt hat und wichtig ist für das Wirtschaftswachstum. Als messbares Instrument hat sie erwirkt, dass die im Zeitraum 2005 bis 2012 rund acht grössere Abwanderungen verhindert und damit rund 700 Arbeitsstellen gesichert worden sind. Die im gleichen Zeitraum geförderten Unternehmen haben 210 neue Stellen geschaffen und weisen ein Potenzial von rund 750 Stellen auf.“ Mit anderen Worten das Instrument ist zwar gut und erfolgreich, wir schaffen es aber trotzdem ab. Wenn wir die Wirtschaftsförderung auf ihre Essenz reduzieren, dann bezweckt diese doch nichts anderes als die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Und unter diesem Blickwinkel hat sich die einzelbetriebliche Förderung, und das haben wir hier schwarz auf weiss, mehr als nur bewährt. Die Logik und die positiven gemachten Erfahrungen geschätzte Kolleginnen und Kollegen, erheischen die Unterstützung des Antrags der Kommissionsminderheit.

Pfäffli: Es wird Sie wohl kaum erstaunen, wenn ich hier sage, dass ich noch nie ein Freund der einzelbetrieblichen Förderung war, dass ich es heute nicht bin und es auch in Zukunft nicht sein werde. Ich bin ein KMUler aus Leib und Seele und ich nehme für mich in Anspruch, dass ich auch ein innovativer KMU-Vertreter bin. Und da möchte ich Grossratskollege Pult schon sagen, das trifft mich. Wenn er aus der Literatur sagt, aufgrund der Literatur, die KMU's im Kanton Graubünden wären nicht innovativ, so muss ich Ihnen sagen aus der Praxis, das stimmt nicht. Schauen Sie mehr in die Praxis und weniger in die Bücher und Sie werden mit der Realität konfrontiert. Wenn ich jetzt sehe, dass diese innovativen Firmen und die Unternehmen, die Sie hier haben im Kanton Graubünden, das sind bestimmt nicht diese Unternehmen, die die 1,7 Millionen Franken aus der einzelbetrieblichen Förderung beanspruchen müssten. Es sind Unternehmen, die wie schon gesagt wurde, kurzfristig nicht überleben können oder Unternehmen, die neu angesiedelt werden. Und da muss ich persönlich sagen, habe ich grosse Mühe, wenn ich mich über Jahrzehnte hier im Kanton anstrengte, um Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitsplätze zu erhalten, Ausbildungsplätze zu schaffen und zu erhalten, dass hier auf einmal diese Praxis weitergeführt werden soll. Es wurde mehrmals gesagt, 1,7 Millionen Franken, dieser kleine Betrag, mehr können wir, das haben wir in der Budgetdebatte gesehen, auch in Zukunft nicht aufwenden. Wenn wir diesen Betrag schon einsetzen möchten, dann doch wenigstens zielgerichtet und dann halt trotzdem in die Schlüsselstrukturen in unserem Kanton Graubünden, in den Tourismus. Und deshalb kann ich sagen, mit dem Mehrheitsantrag kann

ich so weit leben, als dass man die Anforderungen, die hier gestellt werden, nämlich Tourismus, systemrelevant, zentral und Infrastruktur kumulativ anwendet und die 1,7 Millionen Franken dann zielgerichtet in diese Schlüsselindustrie einsetzt. Mit dem kann ich noch leben. Aber mit allen anderen Anträgen kann ich nicht leben. Lehnen Sie den Antrag Pult ab, unterstützen Sie die Kommissionsmehrheit und Sie sind auf dem richtigen Weg, um für die KMU's im Kanton Graubünden auch für die Zukunft den richtigen Weg vorzubereiten.

Wieland: Einzelbetriebliche Förderung ist Doping für die Wirtschaft. Sie glauben nicht im Ernst, dass 300 000 Franken, die maximal für einen Betrieb gesprochen werden können, wirklich nachhaltig Arbeitsplätze schafft und erhalten. Wenn die 300 000 Franken einem Betrieb gegeben werden, nimmt er diese dankbar. Er wird sie investieren. Aber die Arbeitsplätze werden nicht wegen solch kleiner, in Anführungszeichen, kleiner Beträge erhalten bleiben. Wenn ein Unternehmen in der Peripherie, sagen wir in Tschamut oben, eine gute Idee hat, zum irgendetwas auf die Beine zu stellen, kann er sich bei den NRP-Geldern des Bundes anmelden und er bekommt Geld, um seine Idee zu verwirklichen. Er benötigt dafür nicht unbedingt die einzelbetriebliche Förderung. Was die einzelbetriebliche Förderung hinterlassen hat, beispielsweise im Oberland hat der Kommissionspräsident mit dem Beispiel der Tuchfabrik Truns sehr gut aufgezeigt. Trotz Förderungen ist der Betrieb nicht mehr anwesend. Ein Betrieb, der selbst die Finanzen aufbringen muss, der hat eine bedeutend höhere Motivation, diesen Betrieb auch wirklich zum Laufen zu bringen. Er wird sich voll dahinterklemmen, weil es sein eigenes Geld ist, das er da investiert hat. Wenn er sich dazu noch verschuldet hat, weiss er genau, dass dieses Geld zurückbezahlt werden muss. Wenn er das Geld einfach vom Kanton bekommt und wie es beispielsweise auch in der Fischzucht in Surava einmal vorgestellt wurde, dass man sich dort in irgend einem Gebiet aktivieren soll, eine kantonale Stelle oder regionale Stelle, das weiss ich nicht genau, hat die Idee entwickelt dort eine Fischzucht aufzustellen. Man versuchte das Ganze aufzugleisen. Das Ganze wurde schlussendlich von der Bevölkerung bachab geschickt. Wäre das Ganze als Idee aus der Bevölkerung entstanden und ein Unternehmer wäre dort gestanden und hätte das Ganze wirklich selber durchziehen wollen, ich bin überzeugt, die Fischzucht würde heute stehen und rentieren. Wenn ein Unternehmer in einer Region wirklich einmal in Schwierigkeiten kommt und der Unternehmer ist gut vernetzt in dieser Region bin ich überzeugt, dass er Gemeinden oder Regionen finden wird, die ihm kurzfristig über die Runden helfen werden. Aber die einzelbetriebliche Förderung ist ganz bestimmt das falsche Instrument. Ich bitte Sie der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Paterlini: Wieso sollten wir der von Regierung und der Kommissionsmehrheit vorgeschlagenen Abschaffung der einzelbetrieblichen Förderung von industriell-gewerblichen Betrieben zustimmen? Sehr geehrte Damen und Herren, dies just in einer Zeit, in der die gravierenden Auswirkungen der Zweitwohnungsinitiative

insbesondere in den Tourismusdestinationen und den peripheren Regionen Graubündens brutal zu Tage treten. Eine gezielte einzelbetriebliche Förderung, welche die knappen finanziellen Mittel sorgfältig einsetzt und das übrige Gewerbe nicht konkurrenziert hilft mit, dass bestehende Arbeitsplätze und Existenzen erhalten und neue entstehen können. Das stark Wechselkurs abhängige Standbein Tourismus mit einem weiteren Standbein ergänzt und bestärkt wird. Dass wir weiterhin dieselben Förderungsmittel wie die anderen Schweizer Bergkantonen haben. Und ähnliche Förderinstrumente wie die Konkurrenz im Tirol und Südtirol. Wollen wir wirklich diese Hilfsmittel leichtfertig preisgeben? Ich hoffe nicht. Denn wenn uns die Eurokrise mit dem markanten Gasteschwund unserer wichtigsten Gästesegmente etwas verdeutlicht, dann ist es die Gefahr, dass nur unser Hauptwirtschaftszweig der Tourismus auf diesen zu setzen nicht immer gut geht. Stimmen Sie deshalb auch für die Beibehaltung der einzelbetrieblichen Förderung bei den industriell gewerblichen KMU-Betrieben. Bündens Wirtschaft wird es Ihnen danken.

Peyer: Vielleicht müssen wir uns doch nochmal anschauen, um was unterhalten wir uns hier eigentlich insgesamt. Es wurde zwar schon mehrfach gesagt, aber offenbar ist dann doch eine Riesensumme. Und es sind nämlich 1,7 Millionen Franken, davon 1,25 Millionen Franken Darlehen, also Geld, das der Kanton gibt und wieder zurückbekommt in aller Regel. Unten sind es noch 425 000 Franken die à fonds perdu gegeben werden und in dieser Form nicht mehr zurückkommen. Wir können da noch zwei, drei Stunden diskutieren und jeder hat ein bisschen recht, aber wirklich den Braten fett macht das nicht. Und deshalb ist es, glaube ich, auch nicht ganz korrekt, wenn jetzt alle die ordnungspolitische Jungfräulichkeit hier demonstrieren, weil niemand ist hier wirklich sauber. Auch die FDP nicht, die sagt ja bei Steuererleichterungen dann doch und im Tourismus sagt auch Michael Pfäffli zu Recht, wäre ich dann doch noch bereit. Letztlich ist doch das einzelbetriebliche Förderung. Einfach unter einem anderen Titel. Auch die CVP ist nicht ganz sauber, zumindest wenn ich an ihre Eintretensvoten denke. Fokussierung, nicht verwässern, aber dann wenn es doch irgendwo Geld gibt, warum nicht nehmen, weil ist ja doch nicht nichts die 1,7 Millionen Franken. Und die Zweitwohnungsinitiative wird immer noch beklagt, immer noch ein bisschen Schockstarre da, obwohl Avenir Suisse schon längst von Chancen spricht. Obwohl Schweiz Tourismus längst von Chancen spricht. Obwohl der neu gewählte Präsident Hotellerie Suisse längst davon spricht, dass die Annahme der Zweitwohnungsinitiative eine Chance ist, wenn man sie dann endlich packen würde. Also ich denke, wir könnten hier langsam aber sicher aus den Gräben herauskommen und sagen, letztlich ob Sie nun der CVP zustimmen, ob Sie dem Antrag Pult zustimmen, oder wie ich es mache, weil ich in der Kommission schon so gestimmt habe mit der Kommissionsmehrheit gehe, dieser Artikel wird den Braten letztlich nicht feist machen. Wir müssen uns auch bewusst sein, wenn wir die 1,7 Millionen Franken nicht in der heutigen Form für einzelbetriebliche Förderung ausgeben, haben wir sie an anderen Orten. Und da kom-

me ich auf mein Eintretensvotum zurück, Infrastruktur-bildung, Fachkräfte, Löhne. Vielleicht wäre es besser dort investiert. Wie auch immer. Ich möchte noch etwas sagen zu den Bildern, die auch hier gebraucht werden. Fass ohne Boden. 1,7 Millionen Franken sind bestenfalls ein Kübelchen mit Boden. Und das letzte Bild noch. Büchse der Pandora. Die Büchse der Pandora enthielt alle der Menschheit damals bekannten Übel: Arbeit, Tod und Krankheit. Wenn die Büchse der Pandora Arbeit ausspucken würde, würden wir sie, glaube ich, sehr gerne öffnen.

Alig: Systemrelevante Infrastrukturen sind in allen Regionen und dies ist auch in den Randregionen zu fördern, dafür stehe ich ein. Wenn man jedoch einzelne Betriebe von der öffentlichen Hand finanziell fördert, konkurrenziert und schadet man ungewollt denen, die keine Unterstützung erhalten oder erhalten haben. Wenn diese mit öffentlichen Geldern geförderten Betriebe dann auch noch und dies trotz grosszügiger Unterstützung von der Bildfläche wieder verschwinden, wie dies in einigen bekannten Fällen leider der Fall war, bleiben mehrere in Bedrängnis geratene und eventuell auch geschädigte Betriebe zurück. Dies darf auf keinen Fall weiterhin so geschehen. Mag sein, dass einige geförderte Betriebe es wirklich geschafft haben, sich am Markt zu behaupten. So weit so gut. Dies war ja schlussendlich auch das Ziel dieser Aktion. Vielleicht und gerade deswegen haben jedoch andere nicht geförderte Betriebe dafür die neu entstandene und von der öffentlichen Hand grosszügig geförderte Konkurrenz aufgeben müssen. In diesem Falle werden dann keine Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten, sondern sie gehen dann klang- und sanglos verloren. Dies ist meines Erachtens weder korrekt noch richtig. Darüber werden leider keine Statistiken erhoben. Oder aber nicht publiziert. Einzelbetriebe, die sich niederlassen wollen, können übrigens bereits heute und auch in Zukunft z.B. mit einer zeitlimitierten Steuerentlastung belohnt werden. Wir diskutieren ja hier über einen Teil von verschiedenen Fördermöglichkeiten. Will man neue Betriebe wirklich anlocken oder ansiedeln, muss man jedoch zuerst das nötige Bauland zur Verfügung stellen können und dies wenn Gesuche anstehen in relativ kurzer Zeit. Dies ist, liebe Kolleginnen und Kollegen unerlässlich. Denn ohne den nötigen Bauplatz gibt es auch keine Firma, die sich niederlassen kann. Auch wenn sie dies möchte. Wir bekommen später in diesem Bericht noch die Möglichkeit, darüber Stellung zu nehmen. Da könnten die Gemeinden gemeinsam mit dem Kanton ruhig ein wenig aktiver werden. Es müssen gewerblich freundliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, regional und weniger lokal denken und agieren und bereit sein, bestehende Hindernisse und diese sind reichlich vorhanden aus dem Weg zu räumen. Denn herbeizaubern kann man weder Investoren noch Arbeitsplätze. Darum bitte ich euch, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Davaz: Die Denkweise der einzelbetrieblichen Förderung entspricht jener des Investitionshilfegesetzes aus dem Jahre 1974, das zu Recht abgeschafft wurde. Dabei ging es ausschliesslich um Subventionsjägerei. Weshalb

fragen wir nicht die Betroffenen, nämlich die Betriebe. Der Regionalverband Nordbünden hat ein Hearing mit den Unternehmen aus der Umgebung zur einzelbetrieblichen Förderung durchgeführt. Das Resultat war mehr als eindeutig. Man lehnte die einzelbetriebliche Förderung ab, weil man den Einfluss des Staates fürchtet respektive die Wettbewerbsverzerrung. Also die Betriebe sehen das anders. Sie möchten das nicht. Natürlich ist das so mit diesen, die dann Gelder bekommen schon. Aber die Wettbewerbsverzerrung ist für die Betriebe ein Problem. Lehnen Sie dies ab, gehen Sie mit der Kommissionsmehrheit.

Michael (Castasegna): Premetto che il tema dell'insediamento e della costituzione di nuove imprese nel nostro Cantone (Ansiedlung von Unternehmen), per questioni professionali, ma anche geografiche, mi è piuttosto noto. Sappiamo tutti che il sostegno a singole imprese (einzelbetriebliche Förderung) è un tema delicato e da un certo punto di vista discutibile. Ho comunque un qualche dubbio che all'interno di questa sala ci sia una comprensione comune (ein gemeinsames Verständnis) di ciò che "sostegno a singole imprese" significa nella realtà. I criteri che un progetto imprenditoriale deve assolvere per ottenere un finanziamento sono molti e impegnativi e il contributo che di solito viene concesso può essere definito modesto, un incentivo appunto, non un contributo determinante per la realizzazione e spesso quindi anche motivo di delusione da parte degli imprenditori interessati. Ma cerchiamo di guardare in faccia alla realtà. I motivi per i quali imprenditori e investitori sono interessati a insediare nei Grigioni la propria impresa sono vari. Determinanti sono soprattutto le condizioni quadro (entscheidend sind die Rahmenbedingungen) che siamo in grado di offrire, per noi, in parte, assolutamente normali. Mi riferisco in particolare a temi come la stabilità politica, l'amministrazione "amica" (Verwaltung als Freund), fiscalità interessante, grande attenzione e competenza nel campo della formazione e della ricerca, eccetera. L'incentivo finanziario non figura per forza tra queste condizioni quadro. Certo, esso può aiutare specialmente in una prima fase, quando si tratta di ottenere l'interesse e l'attenzione degli imprenditori e degli investitori. A conti fatti, però, nella maggior parte dei casi, ciò che il nostro Cantone può offrire in questo ambito, è lontano da ciò che altre nazioni, e in parte anche altri Cantoni, già oggi offrono. Pur non negando una certa utilità dello strumento del sostegno a singole imprese, ritengo che esso nella forma attuale non sia assolutamente indispensabile e possa essere almeno parzialmente compensato con una comunicazione mirata e attenta. Che ci possano essere eccezioni (Ausnahmen) in particolari ambiti tematici dove il concetto "progetti rilevanti per il sistema" (systemrelevante Vorhaben) potrebbe anche essere interpretato in modo più aperto, è corretto e va mantenuto.

Caduff: Erlauben Sie mir auf einige hier gemachten Aussagen kurz einzugehen. Erstens: Der Kommissionspräsident wie auch Kommissionskollege Wieland reden vom Artikel von Trun und suggerieren damit, dass die einzelbetriebliche Förderung Unternehmungen unterstützen möchte, welche am Markt nicht bestehen können.

Das ist so nicht richtig und das wissen Sie auch, dass es nicht zutrifft. Das ist nicht vorgesehen bei der einzelbetrieblichen Förderung und das wollen wir auch nicht. Ich finde es schade, wenn man dann so versucht zu argumentieren. Dann wurde gesagt, wenn der Staat einzelne stützt, dann haben andere darunter zu leiden oder es sei Wettbewerbsverzerrung oder es sei zu sehr der Einfluss des Staates. Es sind aber die gleichen, die dann sagen, Steuererleichterungen sind sehr wohl möglich oder Bodenverfügbarkeit. Aber auch da muss jemand entscheiden, wer erhält dann diese Steuererleichterungen? Wer erhält den Boden allenfalls günstiger? Auch da werden einzelne gegenüber anderen bevorzugt. Also hier ist man in der Argumentation dann nicht ganz kongruent. Dann wurde von Kollege Wieland gesagt, NRP-Gelder seien ganz in Ordnung. Aber auch die sind wettbewerbsverzerrend. Auch die bevorzugen einzelne gegenüber anderen. Die ganze Geschichte Fass ohne Boden hat Kollege Peyer schon trefflich gesagt, kann ich darauf verzichten. Dann wurde gesagt, man müsse sich dafür einsetzen oder sich dafür einsetzen, dass die Kantone untereinander nicht Unternehmungen abjagen. Ja ich bin damit einverstanden. Das ist aber reines Wunschdenken. Es geschieht, ob wir das wollen oder nicht. Beispielsweise ist bekannt, dass der Kanton Tessin das Instrumentarium der einzelbetrieblichen Förderung ausbauen wird. Gerade für Südbünden dürfte das nicht ganz irrelevant sein. Oder es ist auch bekannt, dass das Bundesland Vorarlberg ein stark ausgebautes Instrumentarium zur einzelbetrieblichen Förderung zugunsten von Industrie und Gewerbe kennt. Vorarlberg ist nicht so weit entfernt vom Bündner Rheintal. Vielleicht noch ein Gedanke zum Antrag von Kollege Pult. Ich persönlich habe da eine gewisse Sympathie dafür. Ich glaube aber, wir sollten zuerst entscheiden, ob wir grundsätzlich dieses Instrument wollen oder nicht. Und sofern wir dann zum Schluss kommen, ja wir wollen das, dann müssen wir die Kriterien bei der Beratung des Gesetzes diskutieren. Unterstützen Sie die Minderheit.

Hardegger: Vorerst bedanke ich mich bei Grossrat Peyer. Er hat die BDP als einzige Partei nicht erwähnt. Offenbar sind wir die einzige Partei mit einer sauberen Weste. *Heiterkeit.* Nein, mein Votum ist pragmatisch und kurz. Die einzelbetriebliche Förderung ist, war in der Vergangenheit eine Erfolgsgeschichte. Weshalb wollen wir diesen Weg verlassen? Folgen Sie der Kommissionsminderheit.

Kunz (Chur): Sie haben mich natürlich jetzt auch herausgefordert, Herr Kollege Hardegger. Mit den vielen anderen, die dieser Roadshow des AWT offenbar erlegen sind. Das ist die erfolgreichste Wirtschaftsförderung der Welt. Es gibt keine bessere. Wir sollten die Beiträge verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen. Dann hätten wir extreme Wirkung. 210 neue Stellen, mit praktisch keinem Geld. Unglaublich. Betriebe, die hier bleiben, wegen wenig Geld. Sagen Sie, glauben Sie das überhaupt? Glauben Sie diese Geschichte tatsächlich? Und blenden Sie alle Misserfolge aus? Blenden Sie aus, dass Photonics von Beat De Coi in Sargans ohne jede Förderung vom Kanton St. Gallen dorthin gegangen ist, weil er

dort einfach bessere Bedingungen gehabt hat? Wir können doch nicht einfach etwas total schönreden, wo wir unbestrittenermassen auch grosse Misserfolge gehabt haben. Wir waren uns alle einig hier drin dann eigentlich, wir müssen doch von diesem Instrument Abstand nehmen. Kollege Peyer, Sie haben völlig Recht. Es sind kleine Beträge. Sie sind praktisch wirkungslos. Also verzichten wir darauf. Wir schaffen damit keine Arbeitsplätze. Wir erhalten keine, aber wir machen vor allem die bestehenden Unternehmungen hier verrückt, weil sie sehen, dass andere gefördert und unterstützt werden und sie nicht. Sie können nicht willkürlich eingreifen. In dem Moment wo sie die eine Unternehmung unterstützen, benachteiligen Sie andere. Und das ist das Ungerechte in diesem ganzen System. Wir werden damit nicht viel erreichen. Wir können darauf gestrost verzichten. Machen wir doch, liebe Sozialdemokraten, auch Politik für alle Unternehmen und nicht für wenige. Machen wir Politik für die Unternehmen in unserem Kanton. Alle, die hier her kommen, die hier sind, hier und heute Arbeitsplätze anbieten. Das machen wir mit allgemeiner Wirtschaftspolitik. Und nicht indem wir ganz punktuell in gewisse Betriebe eingreifen und sagen, wenn ihr noch 20 000 Franken bekommt, kommt ihr dann zu uns. Also es ist mir unerklärlich, wie man bei diesen Minibeträgen daran glauben kann, dass man Unternehmen für den Zuzug in den Kanton Graubünden bewegen kann. Für mich einfach völlig illusorisch. Wir müssen allen Unternehmen Sorge tragen. Wir brauchen eben Rahmenbedingungen, um dieses viel gebrauchte Wort wieder einmal zu benutzen, die allen zu Gute kommen. Das ist Wirtschaftsstandort Graubünden, für alle die hier sind. Und wir geben uns nicht der Erpressbarkeit hin, wenn andere kommen und sagen, ja ihr bekommt auch noch 100 000 Franken. Völlig irrelevant. Völlig irrelevant im Standortprozess. Andere hiesige Unternehmer sehen das nicht gerne. Fühlen sich zu Recht benachteiligt, weil sie hier Arbeitsplätze anbieten und für jeden Arbeitsplatz hier auch kämpfen müssen in ihrem Umfeld. Also wir können wirklich auf dieses Instrument verzichten. Es bringt uns überhaupt nichts. Und wenn es diesen Erfolg hat, dann müssen wir die Mittel ganz gewaltig hoch schrauben, weil dann generiert dieses staatliche Geld derart viele Arbeitsplätze, dass wir wirklich blöd wären, wir würden darauf verzichten.

Regierungsrat Trachsel: Danke für die Diskussion. Ich glaube, Sie haben das Problem in der ganzen Breite diskutiert. Und es ist nicht das erste Mal in diesem Saal, dass wir es so breit diskutieren. Es war bei der letzten Gesetzesrevision genauso. Auch damals war die Regierung der Meinung, man soll dieses Instrument nicht einführen. Der Grosse Rat hat entschieden, es einzuführen. Und die Diskussion zeigt eigentlich die Problematik dieser einzelbetrieblichen Förderung. Es ist ein relativ kleiner Betrag mit einer nicht sehr grossen Wirkung. Ich bin aber der Meinung, dass die Tendenz, wie sie das AWT in seinem Bericht aufzeigt, was es bewirkt schon stimmt. In gewissen Fragen hat man Abgrenzungsprobleme aber in der Tendenz stimmt es. Aber es polarisiert dermassen stark. Auch in der letzten Zeit, die ganze Diskussion. Man hat gemeint, Wirtschaftsförderung sei

nur einzelbetriebliche Förderung. Dass man sich die Frage stellen muss, will man es anwenden oder nicht. Grossrat Bondolfi hat gesagt, wir seien masochistisch, weil wir es abschaffen. Ich habe oft den Eindruck gehabt, ein bisschen masochistisch zu sein, wenn man es anwendet. Und er hat auch gesagt, das AWT möchte es gerne noch und Sie sehen, die Regierung ist so unabhängig und hat ihre eigene Meinung. Das ist, glaube ich, auch wichtig. Nein, es ist natürlich so. Es ist ein Instrument, das man immer angreifen kann. Es ist immer ein Ermessensentscheid. Auch wenn es Kriterien gibt, nach denen man messen kann, indem wir auch Experten beziehen, die uns beraten, aber es ist immer ein Ermessensentscheid. Und in diesem Bereich tätig zu sein, kann man eigentlich nur dann, wenn das Parlament wirklich hinter diesem Instrument steht. Wenn man eben nicht dahinter steht, ist es in der Anwendung politisch sehr, sehr schwierig. Das muss man sehen. Und es ist ganz klar, das wurde auch erwähnt, wenn man dieses Instrument einsetzt, dann ist man im Bereich vom Risikokapital z.B. aus Sicht der Bank. Es erhöht aus Sicht der Banken die Beiträge, das Eigenkapital. Und Sie wissen, im Unternehmertum können Sie Eigenkapital verlieren. Und wenn man nicht bereit ist, dieses Risiko zu tragen, dann muss man darauf verzichten. Wir haben ja einen Entwurf für ein Wirtschaftsentwicklungsgesetz gemacht und in die Vernehmlassung geschickt. Und die Vernehmlassung hat gezeigt, dass eine Mehrheit dieses Instrument nicht will. Darum hat auch die Regierung darauf verzichtet, es hier im Bericht aufzunehmen und ist mit der Kommissionsmehrheit der Auffassung, dieses Instrument nicht mehr zu haben. Aber wir haben nicht gesagt, wir brauchen nichts. Wir haben die Landpolitik hineingebracht. Weil wir sehen, dass eben gerade mit St. Gallen wir in der Landpolitik einen Nachteil haben. Weil erstens der Kanton St. Gallen anders organisiert ist, zentralistischer und sie diesbezüglich beweglicher sind. Und wir nur dann beweglich sein können, wenn an strategisch wichtigen Orten der Kanton eigenen Boden hat.

Also, es ist nicht so, dass wir das Instrument aufgeben, ohne etwas anderes zu tun, sondern wir machen einen anderen Vorschlag. Aber natürlich ist es auch wieder ein Instrument der Wirtschaftsförderung. Weil Sie gesagt haben, das eine sei wie das andere. Es gibt noch viel mehr Karten, die gespielt werden. Anschlussgebühren und und und. Oder, also da wird mit allen Möglichkeiten gearbeitet, wenn es darum geht, interessante Firmen anzusiedeln. Und das ist im freien Markt so. Ansiedlung ist wie in der Wirtschaft, freier Markt. Auch dort macht man Offerten und man weiss dann nicht immer, ob man gewinnt. Man weiss auch nicht, ob man in der Abgebotsrunde möglicherweise hinters Licht geführt wird, aber das gehört zu dem Spiel. Also, das ist nichts Neues. Wo ist der Unterschied zur Steuererleichterung? Ich möchte hier jetzt nicht beide gegeneinander ausspielen. Der Unterschied ist natürlich, bei der einzelbetrieblichen Förderung können Sie Geld verlieren, weil das Unternehmen nicht läuft. Bei der Steuererleichterung verlieren Sie oder nehmen Sie Geld nur dann nicht ein, wenn das Unternehmen läuft. Es ist natürlich erfolgsorientierter. Einfach, dass Sie die Unterschiede sehen. Steuererleichterung ist letztlich auch indirekt eine Ausgabe. Es ist

keine Einnahme, die sie zu Gute haben. Aber sie geben es eigentlich dem Erfolgreichen. Einfach, dass Sie sehen, wieso wir uns dort schon etwas überlegen, wenn wir das eine Instrument drin lassen und das andere Ihnen vorschlagen, es herauszunehmen. Ich bin auch der Meinung, wir haben das Instrument, ich habe jetzt gut neun Jahre Erfahrung damit, sicher nicht nur schlecht angewendet. Man darf zu dieser Arbeit auch stehen. Aber wie gesagt, es ist ein Risikoinstrument und wenn das Parlament eben nicht klar dahinter steht, dann verzichtet man besser darauf.

Vielleicht noch der Unterschied zum Tourismus. Tourismus ist für uns halt schon Förderung der schwächeren Gebiete. Weil halt der Tourismus weitgehend dort stattfindet, wo wir keine anderen Möglichkeiten haben. In der einzelbetrieblichen Förderung sind wir natürlich in Wirtschaftsräumen, wo andere Dinge mitspielen, oder. Also wenn wir ein CSEM in Landquart angesiedelt haben, das bedeutend mehr Geld bekommt als die Beiträge, die wir hier ausgeben, dann helfen wir natürlich der Wirtschaft primär hier und nicht in den Randgebieten. Darum, also man hat immer verschiedene Instrumente. Wir brauchen verschiedene Instrumente und setzen die auch ein. Aber wenn wir abwägen müssen, Grössenordnung, politische Diskussionen immer wieder über das gleiche Thema und Akzeptanz, dann empfehle ich Ihnen, diese einzelbetriebliche Förderung nicht anzunehmen und mit der Kommissionsmehrheit zu stimmen.

Standespräsident Campell: Wir kommen zur Schlussrunde. Ich erteile zuerst das Wort Grossrat Pult.

Pult: Besten Dank. Ich glaube Regierungsrat Trachsel hat etwas sehr Wesentliches gesagt. Bei dieser Debatte ist die politische Ebene viel, viel viel bedeutender als dann letztlich die sachliche oder die wirtschaftliche Ebene. Das nehmen wir zur Kenntnis. Das kann man bedauern oder auch nicht. Das ist einfach so. Wenn etwas politisch umstritten ist und deshalb sagen wir mal politisch nicht nur gut funktioniert hat, kann man sagen, wir schaffen es ab, weil es nur Ärger bringt oder man kann sagen, wir optimieren es. Wir versuchen es etwas besser zu machen. Mein Antrag ist der Versuch, diese zweite Option zu gehen. Ich habe versucht, zu analysieren, wie man zu diesem Antrag kommt. Was die Idee dahinter ist, nämlich die Idee, dass wir durchaus auch im ganz kleinen Bereich ein Instrumentarium haben sollten, auch industriell-gewerbliche Betriebe unterstützen zu können. Dort aber zielgerichtet, dann wenn Sie investieren in Forschung, Entwicklung und Innovation innerhalb ihres Betriebs. Weil somit eben der Treiber ihrer Zukunftsfähigkeit gestärkt wird. Diese dritte Option, eben nicht einfach das Instrument völlig abzuschaffen, weil es unpopulär und umstritten ist, sondern versuchen, es zu verbessern, steht jetzt in Konkurrenz zur Abschaffung und in Konkurrenz zur Beibehaltung. Manchmal ist es gut, wenn man den Mittelweg geht. Stimmen Sie diesem zu.

Cavegn: Ob wir es wollen oder nicht, unsere Nachbarn betreiben einzelbetriebliche Förderung. Sie werden es, oder machen es erfolgreich. Angst vor der einzelbetrieb-

lichen Förderung ist ein schlechter Ratgeber meines Erachtens. Es ist meines Erachtens auch unnötig, Unternehmungen zu fragen, ob Sie Lust auf Konkurrenz haben ob mit oder ohne einzelbetriebliche Förderung. Es wird ihnen niemand Ja sagen. Gehen wir die Sache pragmatisch an. Führen wir die durchaus erfolgreiche einzelbetriebliche Förderung weiter. Geben wir dem Kanton auch den notwendigen Spielraum. Nicht im Sinne von strukturerhaltenden Massnahmen. Ich glaube, das haben wir mit der zweiten Stossrichtung ausgeschlossen. Sondern als Chance für Neuansiedlungen und den Bestand und die Beibehaltung bestehender Arbeitsplätze.

Marti; Kommissionspräsident: Ich spreche als Kommissionspräsident. Also, die Westenfrage die stellt sich nicht so ausgeprägt in diesem Fall für mich. Wir tragen ja alle irgendeine Weste. Rote Westen, gelbe Westen, orange Westen, schwarz vielleicht. SVP grün, ich weiss zwar nicht weshalb, aber irgendwie eine Weste trägt ja jeder. Und die FDP die blaue. Und die Flecken auf der weissen Weste, das ist so eine Diskussion in einem Parlament, die etwas schwierig zu führen ist. Und deshalb stütze ich mich auf die Regierung ab. Weil die Regierung, die hat alle Westen an, die hat verschiedene Farben im Kreise der Regierung, kommt zu einem Ergebnis. Und das Ergebnis hat uns Regierungsrat Trachsel gesagt. Und er hat zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass er bei allen Vor- und Nachteilen, die eben bestehen, eigentlich doch halt eben in Würdigung der Vor- und Nachteile, die es bei beiden Systemen gibt, dass er jetzt den Vorzug gegeben hat, nach der Erfahrung, nach seiner Erfahrung, nach der Erfahrung der Regierung eben diese einzelbetriebliche Förderung abzuschaffen. Und gerade auch weil die Beträge so gering sind, ich danke meinem Kommissionskollegen Peyer. Ich muss noch etwas die Ordnung im Hause wieder herstellen oder. Ich danke ihm, mache ihn aber gleichzeitig auch darauf aufmerksam, dass eben aus der Büchse der Pandora nicht nur Arbeit raus kommt. Er hat selber gesagt, auch die Pest kommt da raus. Und wenn man dann wählen kann zwischen der Pest und Arbeit gemeinsam, dann lassen wir sie lieber zu, diese Büchse der Pandora.

Nun, vielleicht ein paar Hinweise zu Ratskollege Pult. Er hat den Antagonismus aufgezeigt zwischen der Steuerfrage und der einzelbetrieblichen Förderung. Dann hat er auch den Tourismus angesprochen. Ich glaube, es ist nicht alles dasselbe. Ich glaube, Tourismus ist eine Branchenförderung, die wir grundsätzlich guthessen sollten. Die Steuerfrage ist in vielen Fällen, immerhin in einem gewissen Landesteil oder einem Kanton, immerhin für alle in etwa ähnlich. Mit gewissen Unterschieden zugegeben. Aber es betrifft dann eben nicht nur einzelne Unternehmungen. Er schlägt vor, Innovation, Forschung und Entwicklung zu unterstützen in einem Betrieb. Ich glaube, das wird extrem schwierig in unserem Kanton. Welcher Betrieb ist dann innovativ? Innovativ wahrscheinlich sind sehr viele Betriebe. Und wir haben jetzt von den Unternehmen und praktisch nur ausschliesslich von Unternehmen gehört, sie sind gegen diese einzelbetriebliche Förderung. Alle Unternehmen, die gesprochen haben, es waren drei, die haben gesagt, wir sind dagegen. Und ich kann das auch verstehen, wenn man dann be-

weisen muss, weshalb man innovativer ist als der Konkurrent. Dann wird es dann schwierig, wenn es dann auch in einer Verwaltungsstube beurteilt werden muss. Oder die Forschung in einem Betrieb, Ratskollege Pult. Die Regierung will die Forschung unterstützen. Aber nicht in der einzelbetrieblichen Förderung, sondern über die Clusterbildung, das ist noch thematisiert, über die Hochschulforschung, über die angewandte Forschung, über die Trends von Forschung aus den Hochschulen in die Wirtschaft. Dort unterstützt die Regierung und sie macht es meiner Meinung nach richtig, indem sie nicht nur einen einzelnen Betrieb unterstützt, sondern eine Clusterbildung bevorzugt. Und wenn es dann wirklich um Innovation geht, haben wir die Innovationsstiftung. Dort besteht ein Topf. Wir haben Projekte für Forschung, auch von den Hochschulen beispielsweise, diese Gefässe bestehen, und wenn wir schon wenig Geld zur Verfügung haben, müssen wir sie nicht noch zusätzlich in der einzelbetrieblichen Förderung anwenden. Und über Entwicklungspotenzial von Unternehmungen usw., ja ich glaube, das ist sehr schwierig. Es gibt Firmen, die haben Entwicklungspotenzial, aber nie viele Arbeitsplätze. Also die Entwicklung alleine betrachtet, zu fördern, wäre noch zu wenig spezifisch, wenn man die Arbeitsplätze noch in den Fokus nimmt. Sie haben gebeten, Ihren Antrag wohlwollend zu prüfen. Ich habe es versucht. Ich komme zum Schluss, dass er eigentlich nicht ins System so passt, wie Sie wollen und dass Sie andere Möglichkeiten haben, diese von Ihnen gewünschte Innovation und Forschung entsprechend zu erhalten. Ich wiederhole nicht die Gründe, die ich beim Eintreten zu diesem Punkte gesagt habe, weil da sind die Meinungen gemacht, meiner Meinung nach. Bleiben Sie bei der Kommissionsmehrheit. Sie machen bestimmt nichts falsch und daher können Sie mit Gut und Treu Kommissionsmehrheit und Regierung glauben und diese unterstützen.

Standespräsident Campell: Wir kommen zu den Abstimmungen. Ich möchte die Abstimmungen folgendermassen machen. Wir haben drei Anträge. Minderheit, Mehrheit und Antrag Pult. Ich möchte zuerst den Antrag der Minderheit gegenüber dem Antrag von Grossrat Pult bereinigen. Der Obsiegende dann gegenüber dem Antrag der Kommissionsmehrheit. Den Antrag Pult lese ich nochmals vor, damit alle wissen, um was es geht. Einzelbetriebliche Förderung im industriell-gewerblichen Bereich ist auf eine gezielte Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation innerhalb des Betriebs zu fokussieren. Und dann Ausnahmen usw. Wer den Antrag der Kommissionsminderheit unterstützen will, drücke die Taste Plus. Wer den Antrag Pult unterstützen will, drücke die Taste Minus. Wer sich der Stimme enthalten will die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben mit 67 Stimmen gegenüber 35 mit 11 Enthaltungen der Kommissionsminderheit zugestimmt.

1. Abstimmung

In der Gegenüberstellung des Antrags der Kommissionsminderheit zum Antrag Pult stimmt der Grosse Rat dem Antrag der Kommissionsminderheit mit 67 zu 35 Stimmen bei 11 Enthaltungen zu.

Standespräsident Campell: Wir fahren weiter mit der Abstimmung. Wer dem Antrag der Kommissionsmehrheit zustimmen will, drücke die Taste Plus. Wer den Antrag der Kommissionsminderheit unterstützen will, drücke die Taste Minus. Wer sich der Stimme enthaltet, drücke die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sehr gut. Es sah wieder sehr knapp aus. Wir haben der Kommissionsmehrheit mit 56 Stimmen gegenüber 52 Stimmen mit 3 Enthaltungen zugestimmt.

2. Abstimmung

In der Gegenüberstellung des obsiegenden Antrags der Kommissionsminderheit zum Antrag der Kommissionsmehrheit stimmt der Grosse Rat dem Antrag der Kommissionsmehrheit mit 56 zu 52 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

Standespräsident Campell: Wir fahren weiter mit dem Tourismus. Wir haben hier eine neue Stossrichtung und ich erteile das Wort dem Kommissionspräsidenten Grossrat Marti.

Stossrichtung Tourismus (Kapitel VII.1.)

• Neue Stossrichtung:

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Aufnahme einer zusätzlichen Stossrichtung wie folgt:

Masterpläne als Grundlage für die Unterstützung durch den Kanton festlegen (z.B. im Rahmen Tourismusprogramm 2014 – 2021)

Marti; Kommissionspräsident: Der Herr Regierungsrat hat es in seinem Eintretensvotum erwähnt, dass er erfreut darüber sei, dass die Kommission die Masterpläne als Grundlage für die Unterstützung durch den Kanton, dass wir das aufgenommen haben, dass er dies begrüsst. Und der Grund dafür liegt darin, dass der Masterplan einer Konzeption folgt. Nämlich der Konzeption, dass pro Destination, pro funktionalem Wirtschaftsraum entwickelt wird, entschieden wird, wo man sich positionieren will, welche Stärke man vorantreiben möchte und eben auch auf was man verzichten will. Diese Masterpläne, die von unten nach oben wachsen, erlauben es der Regierung, ich nehme hier das Bild des Wunschzettels, das er erwähnt hat, erlauben es der Regierung, gezielter auf Anliegen einzugehen. Bedingung dazu ist allerdings, dass eben diese Masterpläne auch erstellt werden und die Kommission war der Auffassung, dass es eine strukturierte Arbeit nach sich zieht und dass es sinnvoll ist, nach diesen Masterplänen dann auch entsprechend die Unterstützung des Kantons zu richten. Ich ersuche Sie deshalb, ich gehe davon aus, im Einklang mit der Regierung, diese Masterpläne, diese neue Stossrichtung zu unterstützen.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen zu dieser neuen Stossrichtung? Nicht der Fall. Doch, Grossrat Maurus Tomaschett.

Tomaschett (Breil): Erfolgreich wurde der Bündner Tourismus während den letzten Jahren reformiert. Das Rezept dazu, man wusste am Schluss genau wohin man hin wollte und wie man eben aussehen wollte. Die Reformatoren hatten einen guten Plan. Was noch wichtiger war, der Plan wurde konsequent umgesetzt ohne Wenn und Aber. Eine Planung lieferte eben auch das Tourismusprogramm 1421. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Ferienecke soll gestärkt, die Marktposition ausgebaut, die Kooperation innerhalb der Akteure zu Mehrwert für den Gast werden und den Bündner Tourismus sehen die Verfasser des Tourismusprogramm sogar als Teil des alpenweiten Benchmarks. Jeder Markt ist durch den Wettbewerb in Bewegung, in ständiger Bewegung sogar. Die ständige Frage, darfs a bizli meh si, die Entwicklung neuer Angebote sowie sinnvolle Formen der Kooperation sind für jeden Leistungserbringer im Tourismus eben zur Daueraufgabe geworden. Stärker als bisher sollen nun die Akteure eines Ferienziels und einer Destination ihre Pläne gemeinsam definieren und verfolgen. Masterpläne sollen die Grundlage einer Unterstützung im Rahmen des Tourismusprogramms 1421 werden und für einen langfristig gesunden, inhaltlich starken und international schlagkräftigen Bündner Tourismus sind eben solche Masterpläne ein Muss. Es braucht eben eine gemeinsame strategische Perspektive.

Standespräsident Campell: Wir machen weiter. Touristische Zentren stärken. Kommissionspräsident.

Antrag der Kommission angenommen.

• Touristische Zentren stärken.

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Ergänzen der Stossrichtung wie folgt:

Touristische Zentren (insbesondere Destinationen) stärken.

Marti; Kommissionspräsident: In der Kommission war lediglich die Frage, was denn diese Zentren beinhalten sollen. Und wir haben deshalb noch ergänzt, dass natürlich das übergreifend zu verstehen ist und am ehesten im Rahmen der Destinationen abgebildet werden kann.

Antrag Kommission angenommen

Standespräsident Campell: Wir machen weiter. Punkt 3 beim Tourismus. Kommissionspräsident.

• In Talschaften ohne bestehenden oder potenziellen «Leuchtturm» Nutzung alternativer touristischer Potenziale (natur- und kulturnaher Tourismus, regionale Naturpärke von nationaler Bedeutung, Inwertsetzung natürlicher und kultureller Attraktionen, Agrotourismus, destinationsübergreifende Angebote) prüfen.

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Ändern der Stossrichtung wie folgt:

In Talschaften ... destinationsübergreifende Angebote) **identifizieren und stärken**.

Marti; Kommissionspräsident: Meinerseits keine Bemerkungen. Aber es besteht meines Wissens ein Antrag von Kollege Bleiker.

Bleiker: Ich bin mit der Ausrichtung, auch mit der Ergänzung der Kommission, voll und ganz einverstanden. Ich möchte lediglich die Aufzählung in Klammern, die vermutlich als Beispiele gedacht sind, naturnaher und kulturnaher Tourismus, regionale Naturpärke usw. diese Aufzählung hätte ich gerne gestrichen. Im Hinblick auf den Gesetzgebungsprozess, ich glaube, ich kenne den mittlerweile einigermassen, birgt das bestimmte Risiken, indem dann vielleicht einmal ein übereifriger Beamte dieses Protokoll zur Hand nimmt und sagen kann, ja hier sind explizit naturnahe Pärke beispielsweise aufgeführt. Mit dem Streichen dieser Beispiele, aller dieser Beispiele in Klammern, lassen wir das offen.

Antrag Bleiker

Abgabe einer Erklärung des Grossen Rates:

Die Beispielhafte Aufzählung im Klammerausdruck wie naturnaher und kulturnaher Tourismus, regionale Naturpärke usw. werden weggelassen.

Marti; Kommissionspräsident: Ja, sehr geehrter Kollege Bleiker, ich habe vermutet, dass Sie das so anbringen und so verstehen. Ich spreche jetzt in eigenem Namen und nicht im Namen der Kommission. Aber ich gebe Ihnen grundsätzlich Recht. Aufzählungen, die nicht abschliessend sind, sind unter Umständen missverständlich. Ich glaube, wenn man hier zuhänden des Protokolls sagt, dass wir uns dann damit noch auseinandersetzen können, dass wir nichts Falsches machen und in diesem Sinne würde ich Ihren Antrag unterstützen.

Stiffler (Chur): Ich wollte eigentlich nur eine Ergänzung machen. Also, ich möchte einfach, dass nicht verloren geht, dass eben genau Talschaften ohne Leuchttürme, oder dass man die dann später, dass man dort keine Prüfung macht. Ich bin aber auch mit Herrn Bleiker einverstanden und ich war ein bisschen zu schnell mit Drücken. Entschuldigung Herr Kommissionspräsident. Von dem her schliesse ich mein Votum und es ist glaube ich, in Ordnung so.

Regierungsrat Trachsel: Der Kommissionspräsident hat es gesagt. Also ob Sie das streichen oder nicht, ist nicht matchentscheidend. Ich glaube, was man hier einfach festhalten kann, wir sind nicht bei einem Gesetz sondern einem Bericht. Und im Gesetz müssen Sie es dann sowieso definieren. Wieso es hier im Bericht aufgenommen wurde, ist, weil wir natürlich spüren, dass in den schwächeren Wirtschaftsregionen immer wieder die Frage kommt, was sollen wir dann machen. Und dann haben wir hier eben Beispiele aufgezählt. Oder in den

starken Regionen hat es eher Vorstellungen, wo man hin will und die Möglichkeiten, die man hat. In den schwachen Regionen fehlt oft einfach das Verständnis, wo könnte man hingehen. Darum haben wir hier das in Klammer als Beispiel und ich sage es hier auch zu Protokoll natürlich nicht abschliessend aufgeführt und wie gesagt, wenn Sie dann das Gesetz machen, dann spielen die Worte dann eine Rolle. In einem Bericht, den Sie so erstellen, machen Sie die Abwägung nicht so haarscharf wie bei einem Gesetz. Also, ob Sie es drin lassen oder es rausnehmen hat es letztlich keine Bedeutung.

Standespräsident Campell: Grossrat Bleiker, wünschen Sie nochmals das Wort?

Bleiker: Auch wenn Sie dann bei der Gesetzgebung, Herr Regierungsrat, nicht mehr im Amt sein werden, wenn Sie das als Protokollerklärung gegeben haben, dass das lediglich Beispiele sind, dann kann ich damit leben.

Antrag Bleiker wird zurückgezogen.

Standespräsident Campell: Somit hätten wir den Antrag Bleiker bereinigt. Wir fahren weiter mit Punkt 4. Herr Kommissionspräsident.

Marti; Kommissionspräsident: Vielleicht darf ich noch kurz ergänzen zu dieser eben besprochenen Stossrichtung. Hier hat die Kommission, auch wenn wir auf Wortspielereien verzichtet haben, haben wir ganz bewusst hier noch „identifizieren und stärken“ dazu genommen und nicht nur „prüfen“. Und das soll auch zum Ausdruck bringen, Kollege Casanova, dass man eben dort sehr wohl stärken möchte und auch identifizieren soll, wo Chancen bestehen und diese dann auch zum Tragen bringen soll und nicht nur prüfen. Wobei wahrscheinlich im Endeffekt das sehr nahe ist, doch trotzdem hier ein klares Bekenntnis zu diesen Gebieten oder Talschaften ohne den sogenannten Leuchtturm.

Antrag Kommission angenommen.

Standespräsident Campell: Wir machen weiter beim Tourismus Punkt 4. Herr Kommissionspräsident.

- **Stärkere, gezielte Förderung von Grossveranstaltungen im Sommer und im Winter, insbesondere in den Kernsportarten und im Bereich regionalwirtschaftlich bedeutsamer, wertschöpfungsstarker Kulturanlässe. Bei wiederkehrenden Anlässen im Sinne einer Anschubfinanzierung.**

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Ergänzen der Stossrichtung wie folgt:

...Bei **jährlich** wiederkehrenden Anlässen im Sinne einer Anschubfinanzierung.

Marti; Kommissionspräsident: Ich möchte nur kurz erläutern. Jährlich wiederkehrende Anlässe, die sind im Sinne einer Anschubfinanzierung zu betrachten und nicht in einer dann eben dauernd wiederkehrenden Unterstützung. Wer sich als Anlass etabliert, soll auch mit der Zeit auf die Unterstützung verzichten können. Wir haben verschiedene Grossanlässe im Kanton, die sehr gut funktionieren und man will hier auch nicht ein Präjudiz schaffen, dass diese Unternehmen dann plötzlich entsprechende jährliche Beiträge anfordern.

Antrag Kommission angenommen.

Standespräsident Campell: Herr Regierungsrat einverstanden? Wir kommen zu Punkt 5. Kommissionspräsident.

• **Möglichkeiten und Wirkungen von Event-Sponsoring zur Bekanntmachung der Marke Graubünden eruieren.**

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:
Stossrichtung streichen.

Marti; Kommissionspräsident: Bei der Frage der Marke Graubünden, wir kommen dann später noch speziell darauf zu sprechen, entstand die Frage, ob man den Begriff, ich mache den Vergleich zu der Marke Tirol, die dann plötzlich in der Tour de Suisse als Sponsor aufgetreten ist. Es stellte sich eben die Frage, ob das mit der Marke Graubünden auch gemacht werden soll. Also soll in Sponsoring gehen mit der Möglichkeit, dann in irgendwelchen anderen regionalen Gebieten ausserhalb Graubündens, ganz gezielt einen Event zu sponsoren, damit einen Markenauftritt zu generieren und entsprechend Werbeaufmerksamkeit zu bekommen. Aufgrund der finanziellen Mittel kam die Kommission zum Schluss, dass dies nicht zielführend sein kann. Vielmehr soll im Bereich der Vermarktung der eigenen Produkte möglichst oft und möglichst einheitlich der Name Graubünden und das Logo Graubünden verwendet werden. Aber dass wir dann beispielsweise so bei irgendwelchen Grossanlässen im Ausland mit schnell sehr hohen Beträgen, wo nur die Fernsehwirkung ist ja massgebend, dann einsteigt und Eventsponsoring macht, dass man dies nicht sehen möchte. Was durchaus möglich ist, wenn Anlässe im Kanton stattfinden, die die Unterstützung des Kantons bekommen, dass man dort darauf achtet, dass auch der Name Graubünden platziert wird, das ist eine Selbstverständlichkeit. Hat aber nichts mit dem Begriff Eventsponsoring zu tun, sondern das sind dann einfach diese ganz spezifischen Anlässe, die man aus touristischer Sicht beispielsweise unterstützen möchte, aber nicht nur um den Namen bekannt zu machen. Also wir sind nicht in dem Sinn eine Unternehmung, die das Sponsoring betreibt und dafür das Logo dann auf allen Plakaten usw. hat, eben vor allem bei Anlässen, die nicht im Kanton Graubünden stattfinden. Wir können uns das nicht leisten. Deshalb will die Kommission diese Stossrichtung auch streichen.

Casanova (Ilanz): Ich möchte es kurz machen. Ich finde es schade, wenn der Tourismuskanton Graubünden, der sehr viel Geld in die Marke Graubünden investiert hat in allen Bereichen, nicht nur im Tourismus, sondern auch in der Produktvermarktung, diese Chance verpasst und jetzt diese Stossrichtung streichen möchte, umso mehr es aus meiner Sicht auch in einem gewissen Widerspruch zu der vorhergehenden Stossrichtung steht, aber auch zur Stossrichtung im Kapitel VII.13.1 zur Marke Graubünden. Ich möchte ein Beispiel erwähnen. Ich war vor zwei, drei Jahren beim Weltcup Finale auf der Lenzerheide. Da war der Kanton Wallis mit einem sehr lukrativen Angebot vor Ort und wir mussten uns sputen, dass wir schlussendlich doch noch mit Graubünden Weinen, mit Produkten aus Graubünden dort präsent sein konnten. Und ich denke, das Argument der finanziellen Mittel, ist für mich hier nicht massgebend. Es geht ja nicht darum, etwas zu beschliessen. Es geht darum, die Möglichkeiten zu eruieren. Und diese Möglichkeiten sollte man schaffen und darum schlage ich ganz klar vor, dass man diese Stossrichtung beibehalten sollte, damit man eben diese Möglichkeiten auch abklären soll, auch wenn es nur Anlässe in Graubünden sind. Es könnte eine Tour de Ski sein, es könnten auch andere Anlässe in der Schweiz sein. Man muss ja nicht immer ins Ausland gehen.

Antrag Casanova (Ilanz)

Gemäss Botschaft

Stiffler (Chur): Die Kommission hat das natürlich im Detail besprochen und ist einheitlich zum Schluss gekommen, diese Stossrichtung zu streichen. Um was geht es überhaupt bei Sponsoring. Vielleicht ist nicht jeder hier der Profi. Ich möchte nur kurz den Unterschied zwischen den Fördermitteln heute einer Veranstaltung und einem strategischen Sponsoring erklären und auch warum die Kommission dann einheitlich diese Stossrichtung gestrichen hat. Was passiert heute? Heute können Sie bei einer Veranstaltung, sei diese sportlicher, sozialer oder kultureller Natur ein Gesuch stellen. Es gibt dann auch nicht zwei Varianten. Entweder im Sinne einer Anschubfinanzierung oder z.B. bei einem Jubiläum. Der Kanton unterstützt den ohne Gegenleistung. Ohne Gegenleistung heisst, der Kanton will lediglich, dass die Marke Graubünden auf den Werbemitteln möglichst gut platziert wird. Sonst ohne Gegenleistung. Der Kanton agiert also eigentlich als stiller, passiver Akteur. Es ist auch kurzfristig. Denn Gesuche müssen jährlich gestellt werden. Ein Veranstalter hat keine Garantie, dass er im nächsten Jahr Mittel vom Kanton zugesprochen bekommt. Im Gegenzug zu einem Sponsoring. Wenn Sie strategisches Sponsoring betreiben wollen, dann wissen Sie als Sponsor, dass Sie mehrere Jahre eine Verpflichtung eingehen. Sonst machen Sie das gar nicht erst. Es ist eine proaktive Suche nach einer passenden Veranstaltung, wo sie ihre Marke gut positionieren können. Es ist, man spricht von hohen Gegenleistungen. Also nicht nur von einer Logoplatzierung. Man kann dann manchmal auch Logosalat sagen. Und Sie müssen sich dann fragen, in welchen Markt möchte ich überhaupt eintreten. Graubünden, Schweiz, Deutschland, China. Sie müssen sich

auch fragen, wo soll der Kanton aktiv werden? Beim Sport, bei Kultur? Was für Veranstaltungen wären überhaupt möglich? Dann müssen wir uns überlegen, wie wollen wir uns positionieren? Wollen wir Graubünden als Winterwunderlandschaft positionieren oder vielleicht doch besser wo man aufzeigt, dass der Kanton auch in der Nebensaison oder im Sommer, wo wir dringend Logiernächte brauchen, attraktiv ist. All diese Fragen sind schon recht komplex. Dann müssen wir uns überlegen, ja was für Wirkungen und Ziele wählen wir mit einem Sponsoring. Mit einem Sponsoring, die meisten, die das professionell betreiben, wissen, dass eine direkte Messung auf z.B. Logiernächte fast unmöglich ist. Man kann sagen, die Bekanntheit möchte ich z.B. erhöhen. Oder das Image stärken. Ein Sponsoring muss nachhaltig und langfristig sein. Sonst verpufft der Aufwand von Ressourcen und Budget. Zum Budget. Wir wissen alle, wir reden von wenig Budget. Wenn man in ein strategisches Sponsoring einsteigt und wir reden da von Co- oder Hauptsponsor, sonst müssen sie gar nicht mitmachen. Um eine Wirkung zu erzielen, sind sie bei einer Grossveranstaltung mit etwa rund ein paar 100 000 Franken, eine halbe Million Franken oder mehr dabei. Wenn man jetzt rechnet, über mehrere Jahre sind wir schnell auf über einer Million, zwei, drei Millionen Franken. Ja von diesen 20 Millionen Franken entspricht das schnell mal zehn Prozent und mehr. Das war wirklich ein Grund, warum die Kommission gesagt hat, heute ist nicht der Zeitpunkt, hier einen Akzent zu setzen. Es wäre für den Kanton ein schwieriges Unterfangen und das Ganze noch mit Steuergeldern. Und deshalb hat die Kommission geschlossen gesagt, wir streichen diese Stossrichtung. Und ich bitte Sie wirklich, den Antrag von Herrn Casanova abzulehnen.

Regierungsrat Trachsel: Wir haben diese Stossrichtung aufgenommen zum prüfen, dort, wo wir den Bericht geschrieben haben. Das war in der ersten Hälfte dieses Jahres. Diese Frage nach dem Eventsponsoring war immer wieder ein Thema. Natürlich von den Veranstaltern her, weil sie mehr Geld wollten. Und wir haben dann gesagt, wir sind bereit es zu prüfen. Wir haben es auch gemacht bei Tour de Ski Lenzerheide. Nicht zuletzt auch weil wir im Hinterkopf wussten, dass Val Müstair als nächster drankommt und die Val Müstair weniger Möglichkeiten hat, in ihrem lokalen Umfeld Sponsoren zu finden. Es hat sich aber dann auch bei uns in der Prüfung schnell gezeigt, dass an und für sich Eventsponsoring natürlich dann viele Fragen aufwirft. Grossrätin Stiffler hat einen Teil davon aufgezeigt. Eben die Prüfung was bringt es. Danach die Frage, ja müssen wir dann nicht eher bei Veranstaltungen auftreten ausserhalb von Graubünden. Dort wo unsere Gäste herkommen. Weil dann möglicherweise die Aufmerksamkeit grösser ist. Der Kommissionspräsident hat es aufgezeigt. Einer unserer stärksten Konkurrenten Tirol tritt in der Schweiz an der Tour de Suisse auf. Und damit sehen Sie die Problematik. Und wir haben natürlich dann auch mit den Veranstaltern wieder Rücksprache genommen und es ist eigentlich recht banal. Die Veranstalter wollen einfach mehr Geld, aber am liebsten ohne Gegenleistung. Weil das heisst ja dann, sie können die Werbung trotzdem

einem Sponsor verkaufen. Und darum schlagen wir hier jetzt eigentlich auch vor, die Veranstaltungsmittel aufzustooken, aber auf das Eventsponsoring zu verzichten. Das ist auch die Diskussion in der Kommission gewesen, weil wir schon sagen, an und für sich sind alle der Meinung, man soll die Veranstaltungen Sport oder Kultur stärker unterstützen, aber nicht die werbemässig interessanten Flächen, Fernsehen im Fernsbereich, immer zwingend einzufordern. Wenn es im Verhandlungsbereich geht, ist es eine andere Frage. Und es ist ganz klar, wenn wir wieder vor der Frage stehen, wie das war in der Lenzerheide, Aurelio Casanova hat dort mitgeholfen, noch in anderer Funktion, dann werden wir sehr wahrscheinlich mit einer Feuerwehrrüfung versuchen, das zu verhindern. Und ich bitte auch Sie, wenn Sie in Organisationen sind, machen Sie solche Dinge nicht. Es ist einfach unglaubwürdig, wenn wir einen Weltcupfinal haben in Graubünden und im Zelt werden Walliser Weine ausgeschenkt und die machen Werbung, dann passt das nicht zusammen. Ich sage es mal anständig. Und wir haben es dann mit einer Feuerwehrrüfung anders gemacht. Aber eigentlich müssten wir gegenseitig so rücksichtsvoll sein, dass wir solche Dinge nicht machen.

Casanova (Ilanz): Nur ganz kurz. Also ich denke, genau alle diese Fragen, die auch Kollegin Stiffler aufgeführt hat, die wollen wir ja beantwortet haben. Und das steht in der Stossrichtung. Es geht nicht darum, Geld auszugeben. Es geht nicht um 20 Millionen Franken. Es geht genau um diese Fragen zu klären. Und wir wollen touristisch gesehen in der grossen Liga mitspielen. Warum versuchen wir dann nicht wenigstens diese Fragen professionell abzuklären? Gut, die Kommission hat einstimmig entschieden, aber vielleicht müsste man das noch etwas gründlicher klären.

Marti; Kommissionspräsident: Nur kurz zum Hinweis auf die gründliche Klärung. Wir haben uns in der Kommission natürlich auch auf die schon gemachten Abklärungen der Regierung und des Amtes abgestützt. Also wir hatten den Eindruck, dass genügend abgeklärt wurde und wir uns deshalb auch ein genügend gutes Bild machen konnten. Wir meinen, die Abklärungen sind fundiert.

Standespräsident Campell: Wir kommen zur Abstimmung. Wer die Kommission unterstützen will, drücke die Taste Plus. Wer den Antrag Casanova unterstützen will, drücke die Minus-Taste. Wer sich der Stimme enthaltet, drücke die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben den Antrag der Kommission mit 71 gegen 30 Stimmen mit 4 Enthaltungen gutgeheissen.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission mit 71 zu 30 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

Standespräsident Campell: Es ist nun 16.10 Uhr. Wir machen Pause bis 16.40 Uhr.

Standespräsident Campell: Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen. Wir fahren weiter mit Standort- und Regionalentwicklung. Entschuldigung, Grossrat Müller.

Müller: Ich habe vorgängig zur Session einen Antrag eingereicht, um eine Erklärung zu erhalten. Im Zusammenhang mit einem regionalen Masterplan sollen in peripheren Regionen Infrastrukturprojekte im Bereich Langsamverkehr gefördert werden. Ich komme zur Begründung wieso dass ich diese zusätzliche Stossrichtung einbringen möchte. Ich unterstütze vollumfänglich alle Massnahmen, die jetzt im Bereich Tourismus, Stossrichtung Tourismus besprochen und beschlossen worden sind. Vor allem auch die priorisierenden Massnahmen. Es tönt vielleicht besser als Verzichtspannung wenn man über Prioritäten spricht. Das heisst, ich unterstütze Masterpläne. Und genau in diesem Zusammenhang, gerade im Zusammenhang mit der Stossrichtung. Zwei Regionen ohne Leuchtturmpotenziale haben nicht sehr viele Möglichkeiten, sich zu entwickeln. Ausser im Bereich Langsamverkehr, Bike, Wandern usw. Aber genau diese bevölkerungsarmen Regionen sind nicht in der Lage, geeignete Infrastrukturen zu erstellen und zu erhalten. Ich bin sogar überzeugt, dass es sich bei solchen Infrastrukturen meistens um Projekte handelt, die in eine kantonale Strategie passen. Daher mein Antrag. Ich bedanke mich im Voraus für Ihre wohlwollende Unterstützung.

Marti; Kommissionspräsident: Ratskollege Müller möchte darauf aufmerksam machen, dass auch der Langsamverkehr Platz haben sollte in einem Masterplan. Das ist absolut nachvollziehbar und auch richtig so. In jedem Masterplan, in jeder Region kann beliebig nach der Prioritätensetzung der jeweiligen Region z.B. der Langsamverkehr Aufnahme finden in den Masterplan. Die Stossrichtungen sprechen hier absolut nicht dagegen und Sie können das in jedem Fall tun. Die Frage ist bloss, ob Sie hier zusätzlich dies als Stossrichtung formulieren wollen, wenn Sie das sagen in den peripheren Regionen. Dann sprechen Sie automatisch für alle peripheren Regionen. Und ich bin mir nicht sicher, ob alle peripheren Regionen genau das gleiche in den Masterplan schreiben wollen. Ich würde das nicht empfehlen. Weil die Individualität wäre dann eben weitaus zielführender. Weshalb ich an und für sich zu Ihrem Antrag sagen muss, Sie können das tun. Sie können das in den Masterplan aufnehmen. Aber als generelle Stossrichtung für alle peripheren Regionen finde ich es falsch hier festzuhalten. Eine Aufzählung von einzelnen Punkten, die in den Masterplan kommen an dieser Stelle, wäre auch falsch. Weil es soll möglichst offen sein, was in den Masterplan kommt. Es soll diskutiert werden können in den Regionen und soll individuell entschieden werden können. Also Ihrem Anliegen steht nichts im Wege. Die Regierung wird dann das prüfen, wenn Sie den Langsamverkehr fördern wollen und wird dann entscheiden, ob sie diesen auch als förderungswürdig betrachtet oder eben nicht. Ich würde Ihnen vorschlagen, dass Sie das im Sinne einer Protokollerklärung festhalten, aber nicht eine Stossrichtung daraus machen. Ansonsten würde ich beantragen, diese Stossrichtung abzulehnen. Aber ich

glaube die Protokollerklärung würde Ihr Anliegen genauso gut aufnehmen.

Regierungsrat Trachsel: Ja ich kann diese Protokollerklärung abgeben. Selbstverständlich können Sie im Masterplan Langsamverkehr aufnehmen. Aber ich würde auch davor warnen, in einer Stossrichtung das zu machen. Weil dann diese Stossrichtung speziell betont wird. Sie wird für alle peripheren Räume stipuliert und es werden andere ausgeschlossen. Und es ist dann natürlich gefährlich, dass in anderen Bereichen dann auch Einzelwünsche versucht werden, in die Stossrichtungen einzubringen. Aber ich kann Ihnen versichern, und ich habe Ihnen das auch in der Fraktion gesagt, im Rahmen von Masterplänen ist der Langsamverkehr ohne weiteres eine Möglichkeit, das einzubringen.

Müller: Ich danke meinen Vorrednern. Ich danke Regierungsrat Trachsel. Ich bin mit dieser Protokollerklärung zufrieden.

Standespräsident Campell: Dann würden wir zu Punkt 2 Standort- und Regionalentwicklung kommen und ich erteile das Wort dem Kommissionspräsidenten.

Stossrichtung Standort- und Regionalentwicklung (Kapitel VII.2.)

- **Die kantonalen und regionalen Zentren sind zu stärken.**

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkung.

Angenommen

- **Das Berggebiet ist hauptsächlich über touristische Massnahmen zu fördern.**

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Standespräsident Campell: Keine Bemerkung. Punkt 2 Das Berggebiet. Kommissionspräsident?

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkung

Angenommen

Standespräsident Campell: Punkt 3 haben wir Kommissionsmehrheit und Kommissionsminderheit. Ich erteile das Wort dem Kommissionspräsidenten und Sprecher der Mehrheit. Grossrat Marti, Sie haben das Wort.

- **Der Kanton soll an strategisch wichtigen Standorten ausreichende, rasch verfügbare und marktfähige**

Flächen in unterschiedlichen Grössen erwerben dürfen, die im Sinne einer Revitalisierung wieder dem Markt zugeführt werden.

a) *Antrag Kommissionsmehrheit* (7 Stimmen: Caduff, Cavegn, Davaz, Dudli, Marti, Stiffler [Chur], Wieland; Sprecher: Marti)

Gemäss Botschaft

b) *Antrag Kommissionsminderheit* (1 Stimme: Peyer)

Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:

Ergänzen der Stossrichtung wie folgt:

Der Kanton soll an strategisch wichtigen Standorten ausreichende, rasch verfügbare und marktfähige Flächen in unterschiedlichen Grössen erwerben dürfen, die im Sinne einer Revitalisierung wieder dem Markt zugeführt werden, **in der Regel im Baurecht**.

Marti; Kommissionspräsident: Im Grunde genommen ist sich die Kommission in der Sache einig, dass der Landerwerb für den Kanton ermöglicht werden soll. Es gibt dann die Nuance mit der Kommissionsminderheit, die dann das Baurecht noch in den Mittelpunkt rückt. Wir haben vorhin gehört, bezüglich der Ansiedlung von Firmen, was wichtige Faktoren sind. Die einzelbetriebliche Förderung wurde besprochen und dort wurde auch erwähnt, dass die Verfügbarkeit von Boden ein zentrales Element darstellt. Und wir haben seitens der Regierung und seitens des Amtes ganz deutliche Aussagen bekommen. Nämlich, dass sehr oft sehr gute Ansiedlungen möglich gewesen wären, wenn der Boden zeitnah und unkompliziert zur Verfügung gestanden hätte. Also wesentlich ausgeprägter als die einzelbetriebliche Förderung geht es in der Ansiedlung darum, um erfolgreich zu sein, dass Boden zur Verfügung steht. Nun wissen wir alle, der Boden ist beschränkt und die Verfügbarhaltung von Boden ist nicht so einfach, weshalb die Regierung hier aus der Sicht der Kommission zu Recht anfragt, ob sie das Recht nicht bekommt, strategische Landflächen auch erwerben zu können. Nun gibt es möglicherweise Widerstand, weil man sagt, ja es kann doch nicht sein, dass der Kanton Privaten dann beispielsweise das Land vor der Nase wegschnappt oder über die Gemeinden hinweg Land wegschnappt. Diese Hinweise sind durchaus berechtigt. Sie sollen aber nicht jetzt dazu führen, dass die Frage nicht weiter vertieft werden soll. Ich bin der Auffassung und die Kommission sagt dies auch, dass die Abklärungen fortgesetzt werden sollen und in der Spezialgesetzgebung dann noch einmal diskutiert werden soll, welche Rahmenbedingungen dazu eingehalten werden müssten. Beispielsweise sollte der Kanton nicht in Konkurrenz zu Gemeinden stehen, wenn es um Boden geht. Er sollte mit den Gemeinden gemeinsam eine Strategie entwickeln. Dann vielleicht auch die Befürchtung, ob es hier um Massenkäufe dann des Kantons geht. Das ist nicht so. Es gibt wenige Gebiete im Kanton, die sich überhaupt noch eignen, Landreserven zu sichern. Das ist teilweise im Churer Rheintal, im Unteren Prättigau und dann in der Mesolcina, wo diese Anliegen dann auch ganz konkret mit Parzellen verknüpft sind, die eine gewisse Grösse haben, wo wahrscheinlich auch einzelne Gemeinden nicht genügend Mittel dazu zur Verfügung

haben. Die Kommission ist der Auffassung, dass man die Notwendigkeit des verfügbaren Bodens nicht ausseracht lassen kann und ist daher der Meinung, dass diese Stossrichtung verfolgt werden soll und, dass es ein grosser Fehler wäre, diese jetzt abzuwürgen und gar nicht näher zu prüfen. Wenn Sie also skeptisch sind, dann bringen Sie Ihre Skepsis ein, wenn das Detail vorliegt. Geben Sie heute der Regierung auf den Weg, dass sie verschiedene Hürden und Schwierigkeiten dann erläutern soll. Dass sie später soll Bedenken aus dem Weg räumen. Aber heute das abzulehnen, wäre eigentlich eine Chance vertan. Sie haben vorhin auch von Chancen gesprochen. Die Kommission ist der Meinung, hier in der Priorität, dass die Landverfügbarkeit entscheidend wichtiger ist, als die einzelbetriebliche Förderung. Und deshalb wurde hier auch ein Akzent gesetzt. Ich ersuche Sie im Namen der Kommissionsmehrheit zu beschliessen. Ob es dann Baurechte sein sollen oder nicht ist eine operative Angelegenheit. Im Einzelfall kann es sinnvoll sein. Im Einzelfall kann es nicht sinnvoll sein. Aber im Grundsatz, dass Sie die Stossrichtung gutheissen.

Peyer; Sprecher Kommissionsminderheit: Alles was der Kommissionspräsident ausgeführt hat, teile ich voll und ganz. Und natürlich sind wir auch der Meinung, dass der Kanton dieses Instrument zur Verfügung haben soll in Zukunft. Der einzige kleine Unterschied besteht darin, dass wir sehen müssen, dass wir heute real eben keinen solchen Boden zur Verfügung haben, oder praktisch keinen. Das heisst, der Kanton, wenn wir in diese Richtung gehen, was ich sehr hoffe, sich solchen Boden dann beschaffen könnte. Und wenn er das gemacht hat, dann fragen wir uns einfach, ist es dann sinnvoll, dass er ihn gleich wieder abgibt, wenn jemand ansiedeln will. Und dann das nächste Mal allenfalls wieder sich von neuem Boden beschaffen muss. Und das erachten wir eben nicht als sinnvoll. Und deshalb sind wir der Meinung, wenn der Kanton denn schon einmal im Besitz von Boden ist, dann soll er diesen möglichst auch in seinem Besitz behalten. Weil immerhin ist der ja dann auch mit Steuermitteln gekauft worden. Wir haben dann, also wir, die Minderheit und die bin jetzt ich in dem Moment, auch noch eine Einschränkung gemacht, nämlich „in der Regel“. Weil die Regierung ausgeführt hat, dass es möglich ist oder auch schon vorgekommen ist, dass Betriebe ansiedeln möchten. Aber die das mit der Bedingung verknüpfen, dass sie das Land erwerben können. Also dass sie allenfalls sagen würden, wir kommen, aber wenn wir das Land nur im Baurecht bekommen, dann kommen wir eben nicht. Das ist ja nicht im Interesse von niemandem und deshalb haben wir diese Einschränkung gemacht. Das ist dann tatsächlich eine operative Frage, ob der Kanton dann entscheidet, okay, wenn ihr es nicht im Baurecht wollt, dann bleibt halt wo ihr seid. Oder ob er sagt, doch diese Unternehmung ist uns dermassen wichtig, dass wir eben eine Ausnahme machen und das Land verkaufen und nicht im Baurecht abgeben. Aber der Grundsatz sollte sein, wenn der Kanton im Besitz von Boden ist, dann soll er das auch behalten. Und deshalb bitte ich Sie hier, der Kommission in jedem Fall zu folgen, idealerweis noch der Minderheit.

Standespräsident Campell: Weitere Mitglieder der Kommission? Dies ist nicht der Fall. Somit eröffne ich die Diskussion fürs Plenum und ich erteile das Wort Grossrat Leo Jeker.

Jeker: Diese Stossrichtung unterstütze ich im Grundsatz. Ich bin aber nicht so überzeugt, ob es wirklich dann auch zum Tragen kommt. Ich mache mit bei dieser Übung. Sie ist ein Versuch wert. Da bin ich überzeugt. Aber die Bemerkung, in der Regel im Baurecht, da könnte ich mich nicht erwärmen. Weil die Erfahrung zeigt etwas ganz anderes in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Wir müssen ja froh sein, wenn überhaupt Interesse vorhanden ist und viel, viel wichtiger ist, dass man rasch schalten kann. Und hier noch eine Einschränkung zu machen, das finde ich nicht klug. Nun aber, ich glaube, die Grundsätze, der Kommissionspräsident hat ein paar Bemerkungen gemacht, ganz wesentlich ist einfach, dass die Gemeinde und der Kanton in solchen Fragen sehr sehr eng zusammenarbeiten müssen. Weil so etwas muss mit der örtlichen und regionalen Bevölkerung, das muss dort getragen sein. Es muss auch getragen sein von der Landwirtschaft. Die ist in der Regel nicht unbetroffen. Und dort bin ich aber der Meinung, und jetzt komme ich zum dritten Punkt, dass es sehr sinnvoll wäre und zum Teil wird es auch praktiziert, dass in den Gemeinden vielleicht sogar eben territorialübergreifend die Gemeinden zusammenarbeiten in der Raumentwicklung. Und zusammen jetzt schon vorsorglich nach Lösungen suchen, um raumplanerisch die Basis zu legen für mögliche gemeinsame Standorte. In Igis-Landquart, Zizers war das möglich dank den zwei Bürgergemeinden, dank den zwei politischen Gemeinden und wir haben schlussendlich, ich sage es etwas salopp auch noch durchdrücken können, dass man die Stauden wegbrachte. Und jetzt komme ich zum vierten Punkt. Schauen wir auch ein bisschen darauf, dass Landwirtschaftsflächen insbesondere Fruchtfolgeflächen geschont bleiben, aber in absoluter Priorität auch, sagen wir einmal waldähnliche Flächen rechtzeitig, rechtzeitig in die raumplanerische Übung mit einbezogen werden. Die Bedeutung, die ist enorm. Und ich meine, dass wir in den Gemeinden, insbesondere in den Regionen über die wir jetzt für solche Sachen sprechen, jetzt schon, jetzt schon vorsorglich eben solche Sachen vorbereitet werden. Wir wissen, die Raumplanung ist, das ist im Fluss, das ist eine rollende Planung und je früher man hier entsprechend vorbereitet, hat man dann auch einigermaßen Möglichkeiten, das abzusichern. Also ich bin sehr sehr froh, dass in dieser Richtung nun pro aktiv, pro aktiv eben für Landschaftsicherung geschaut wird.

Danuser: Ich möchte noch an das Eintretensvotum von Grossrat Jeker erinnern, in welchem er raschere Verfahrensabläufe forderte. Ein kleines Beispiel. In meinem Wohnort Cazis besitzt der Kanton auch Parzellen, namentlich in der sogenannten Industriezone Cazis mit unmittelbarem Anschluss an die Transitachse über den San Bernardino. Für diese Parzellen sind mehrere Interessenten vorhanden. Diese Parzellen sind auch im Richtplan als Entwicklungsschwerpunkte vorgesehen. Da jedoch laut aktueller Ortsplanung für diese Einzo-

nung anderes, im Moment verfügbares Land ausgezont werden müsste, haben wir eine Pattsituation. Eine Gemeinde mit etwas mehr als 2300 Einwohnern hätte doch noch grosses Potenzial sich zu entwickeln. Aber sie ist auch sehr darauf angewiesen, dass auf der einen Seite neue Betriebe kommen und gleichzeitig auch neue Einwohner. Aber das geht nicht. Es kann doch nicht sein, dass die Raumplanung die wenigen Chancen einer Neuan siedlung von Betrieben im Domleschg unnötig verzögert oder gar verunmöglicht. Ich fordere die Regierung auf, dass sie diese wenigen Chancen für diese nicht starken Räume trotz allem unterstützt und auch fördert. Ich bitte Sie, die Kommission zu unterstützen, die Mehrheitskommission und die Regierung. Aber es ist kein gutes Beispiel. Und ich hoffe aber, dass es in Zukunft besser wird, wenn es dann auch im Gesetz steht.

Niggli-Mathis (Grüsch): Nachdem uns Kommissionspräsident Urs Marti vorgerechnet hat, dass er mit 500 Voten rechne, habe ich für mich gerechnet, dass dann jeder viermal zum Mikrofon greifen muss und da habe ich es für nötig gehalten, schon heute in die Debatte einzugreifen, damit Sie mich morgen nicht so viel hören müssen. Spass bei Seite, zum Thema: Die Gemeinde Grüsch hat mit Erfolg diese Baulandhortung für Industrieanlagen betrieben und das kostet eine Kleingemeinde sehr viel Geld und es muss sehr viel Geld ausgegeben werden. Der Ansatz ist 100-prozentig richtig. Er muss so weiter verfolgt werden. Was aber auch zu denken gibt, und was auf keinen Fall eintreten darf, und daher habe ich für den Gedankengang von Kollege Peyer ein gewisses Verständnis, ist, dass dieses Land, das der Kanton dann einmal in der Hand hat, um Wirtschaftsräume zu schaffen, um Platz zu schaffen für Industrie, Gewerbe, dass dieses dann nicht irgendwie durch Konkurs, durch Verkauf irgendwie zur Industriebranche verkommt. Im Prättigau haben wir zurzeit beides. Wir haben die Gemeinde Grüsch, die Bauland gekauft hat, die das aktiv und direkt und das ist wichtig, wenn jemand kommt und bauen will, dass er auch bauen kann, dass er dieses Land direkt zur Verfügung hat. Und wir haben in Fideris eine recht hässliche und sehr grosse Industriebranche. Ich glaube, um auf der richtigen Flughöhe zu bleiben, sind wir hier angehalten, in der Gesetzgebung, die dann folgt, nach Lösungen und Lösungsvorschlägen zu suchen. Hier sind wir angehalten auch vielleicht ein Vorkaufsrecht, vielleicht nicht gerade ein Baurecht oder eine grössere Einschränkung. Hier werden Juristen genug sein, die hier die richtige Form juristisch finden, um dieses Land wieder verfügbar zu machen, sollte es durch Konkurs oder anderweitige entstandene Situationen wieder in den Handel und wieder in den Verkauf zurückkommen.

Vielleicht als Landwirt noch etwas aus bäuerlicher Sicht. Die Gemeinde Grüsch hat, um Industrieland zu erwerben, das Recht Landwirtschaftsland aufzukaufen und mit den Bauern in der Industriezone abzutauschen. Ich gehe davon aus, dass der Kanton, wenn er hier zum Zuge kommt und Gleiches machen will, auch das gleiche Recht hat. Das hat natürlich zur Folge, dass dieses Landwirtschaftsland einen höheren, einen hohen Preis für Landwirtschaftsland wert ist und sehr viel dafür bezahlt wird. Das hat wiederum zur Folge, dass die

Landwirtschaftsbetriebe in der Region sich sehr schwer tun, Eigenland zu beschaffen, weil hier durch Wirtschaftsförderungsmassnahmen der Landpreis für Landwirtschaftsland erhöht wird. Das vielleicht einfach als Denkanstoss, damit man sieht, das Problem ist nicht damit gelöst, alleine für die Industrie Platz zu schaffen. Wir brauchen diese Flächen. Da bin ich voll und ganz der Meinung der Kommissionsmehrheit. Ich habe aber auch grosse Sympathie für den Minderheitsantrag von Herr Peyer, damit wir hier auch eine Regelung, einen Riegel einschalten, damit die öffentliche Hand über dieses Land verfügen kann.

Kunz (Chur): Zu diesem Artikel darf ich Ihnen als Fraktionspräsident doch die differenzierte Meinung der FDP kundtun. Grossratskollege Marti hat es schon angedeutet. Und für uns ist ganz wesentlich, wie Sie diese Bodenkaufpolitik sehen. Und da wäre ich dann dankbar, Regierungsrat Trachsel, wenn Sie dazu Ausführungen machen können. Es gibt zwei Wege. Der eine ist, wir stellen die Ansiedlungspolitik wirklich über alles. Grossrat Cavegn hat dazu Ausführungen gemacht, die Möglichkeiten im Kanton St. Gallen. Das wäre für mich so ein bisschen wie Wirtschaftspolitik nach französischem Muster. Also der Kanton sagt, wo er die Filetstücke sieht, wo er die Industrie ansiedeln will, kauft diese Plätze auf und behält sie, um die ihm genehmen Investoren dann schnell und rasch diese Plätze andienen zu können. Wenn das nach französischem Muster geht, dann sind die Gemeinden, Bürgergemeinden und alle anderen Players, die manchmal sich auch quer, manchmal vielleicht auch querschlagen, aus dem Spiel und der Kanton könnte rasch und zielgerichtet kaufen. Mit dieser Idee hätten wir sehr grosse Mühe. Und wenn dem so ist, kommen wir mit einem Streichungsantrag für diesen Artikel. Wenn Sie uns sagen können, da seien auch die Gemeinden involviert, das sehe der Kanton eben nicht als alleiniger Player sondern mit den anderen Akteuren im Einzelfall Baulandparzellen Industrieland zu kaufen, dann ist der Widerstand nicht ganz so gross. Aber ich verhehle nicht, dass wir auch dann in der Detailplanung, also ich sage so, dass man sich dann nicht generell gegen die Stossrichtung wehrt, aber ganz genau hinschaut, wie dann das im Detail aussehen will. Und wir haben doch einen starken Teil der Fraktion, der auch das sehr skeptisch sieht, weil der Kanton mit unendlichen finanziellen Mitteln als grosser Player in der Nachfrage von Industrieland dieses Marktgefüge total auseinandernehmen könnte. Also ich bin Ihnen dankbar, Herr Regierungsrat, wenn Sie dazu auch noch, wie Grossrat Marti das schon angedeutet hat, Ausführungen machen können, damit wir uns dann entsprechend verhalten.

Albertin: Ich spreche aus der Sicht eines Landwirts. Ist es wirklich eines der grossen Probleme der Wirtschaftsentwicklung Graubünden, die Verfügbarkeit von Flächen so wie es im Bericht auf Seite 300 formuliert wird? Aus meiner Sicht nicht. Ich sehe die Problematik der Flächenverfügbarkeit beginnt erst recht, wenn wir dem Kanton alleine, ohne die Gemeinden, die Legitimation geben, eingezontes Land zu erwerben. Auch wenn das nur an strategisch wichtigen Standorten sein soll. Es kann aus meiner Sicht nicht sein, dass die Gemeinden in

Zusammenarbeit mit dem Kanton Ein- oder Umzonungen vornehmen und der Kanton anschliessend auch noch als Käufer legitimiert ist, aufzutreten. Dies endet in eine kantonale Planwirtschaft und Planwirtschaften sind nicht wirtschaftsfreundlich. Der Staat ist immer am längeren Arm, was auch gerade von Grossratskollege Kunz gesagt wurde, als die Interessenten auf dem freien Wirtschaftsmarkt. Die Verknappung des Kulturlandes ist zwischen Thusis und Fläsch kontinuierlich und durchaus ein Fakt. Ich frage mich auch, muss es immer gutes Kulturland sein, das eigentlich Grundlage für die landwirtschaftlichen Familienbetriebe ist und unentbehrlich für die Produktion von hochstehenden, qualitativen Lebensmitteln, wie es hochloblich in diesem Bericht auch immer wieder zitiert wird. Kulturland hat schlicht und einfach zu wenig Schutz. Auch Wald wäre Boden, steht jedoch unter strengem Schutz des Waldgesetzes. Auch Trockenstandorte wären Boden, stehen jedoch unter strengem Schutz des Natur- und Heimatschutzgesetzes. Auch Auenlandschaften wäre Boden, stehen jedoch unter dem strengen Gewässerschutzgesetz. Öffnen wir nicht Tür und Tor zu einer Verknappung unseres guten Kulturlandes. Aus diesen Überlegungen wäre ich der Regierung dankbar, wenn sie die Beantwortung von Grossratskollege Kunz noch zu Protokoll geben würde.

Pfäffli: Auch nach dem Votum meines Fraktionsvorsitzenden lässt es mich nicht kalt und mein liberales und mein ordnungspolitisches Grundgewissen drückt halt immer noch ein bisschen hervor. Und ich muss hier an dieser Stelle klar sagen, dass ich mit dem Gedanken, dass wir den Kanton auf dem Bodenmarkt als Player antreffen, grösste Mühe habe, mich mit diesem anzufreunden. Man stelle sich vor, es tritt der Kanton wirklich als Player auf dem Markt auf. Er hat eine Marktmacht. Wir haben es gestern und heute gehört, mit einem Eigenkapital von einer Milliarde Franken, eine wohlgefüllte Kriegskasse. Ein gesetzlicher Auftrag, den wir schaffen möchten, Land zu erwerben. Also ich bin der Ansicht, dass wir hier ein Gespenst langsam aufsteigen lassen, dass wir irgendwann mal bereuen, dass wir es gerufen haben. Und ich möchte nochmals betonen, also ich habe grösste Mühe mit diesem Ansatz und hoffe, dass wenigstens der Regierungsrat meine Mühe ein bisschen dämpfen kann.

Baselgia-Brunner: Ich teile natürlich die Ansicht von Grossrat Albertin, wonach Boden sorgfältig zu nutzen ist und es immer eine Interessenabwägung braucht. Und trotzdem bin ich wirklich der Meinung, dass der Kanton die Möglichkeit erhalten sollte, strategische Bodenkäufe zu vollziehen. Aus dem einfachen Grund. Gemeinden sind oft überfordert, solche strategischen Bodenkäufe zu tätigen. Da fehlen Finanzen, da fehlen Kompetenzen, um schnell und zeitnah reagieren zu können. Das kann nur der Kanton stemmen, wenn er dafür eine gesetzliche Regelung hat. Ich meine, es ist wichtig, dass strategische Flächen eben strategische Flächen bleiben. Und das bleiben sie nicht, wenn sie in die Hände von privaten Spekulanten geraten. Dann werden möglicherweise solche Flächen eben verscherbelt, es werden kleinparzellige Areale gemacht, Betriebe, KMU's aus den Regionen

benutzen die strategischen Flächen, um anzusiedeln und aus den Regionen zu verschwinden. Das wäre schade. Ich denke strategische Areale müssen strategische Areale bleiben, wo Kanton und Gemeinden Einfluss nehmen können was darauf passieren soll. Deshalb bin ich auch der Meinung, strategische Areale dürfen nicht verkauft werden. Der Einfluss von Kanton und Gemeinden, die Nutzung und den Zweck weiterhin beeinflussen zu können, muss erhalten bleiben. Ich bitte Sie darum, stimmen Sie für die Minderheit.

Michael (Castasegna): Nel rapporto si dichiara che il Cantone debba poter acquistare in luoghi strategici terreno artigianale e industriale da poter immettere con tempestività sul mercato. Anche se personalmente ho qualche riserva sulla proposta, soprattutto sulle possibili forme di attuazione, capisco il problema in particolare per quanto riguarda le potenziali aree industriali di importanza cantonale come il Grigioni settentrionale e San Vittore e sono cosciente che è necessario trovare quantomeno nuove vie di cooperazione fra i vari attori coinvolti. Nuove vie vanno però anche cercate nella realizzazione delle infrastrutture necessarie per la produzione (officine, laboratori, capannoni) da intendere come miglioramento delle condizioni quadro e non come contributo alle imprese. Sempre più imprenditori interessati a un insediamento chiedono di poter affittare spazi di produzione esistenti in modo da poter investire i loro capitali nel prodotto, nella ricerca, nelle risorse umane. Spazi che però mancano oserei dire su praticamente tutto il territorio cantonale. Per questo motivo è perciò assolutamente necessario che vengano valutati, predisposti e applicati anche nuovi modelli di finanziamento e di gestione delle infrastrutture che, a determinate condizioni, potrebbero pure coinvolgere l'ente pubblico secondo il principio del partenariato tra pubblico e privato, il tanto declamato e poco applicato PPP. Mi permetto perciò di depositare qui questa esigenza con la preghiera a coloro che si occuperanno della traduzione e dell'attuazione del rapporto, rispettivamente degli indirizzi che oggi definiamo, di tenerne conto nell'elaborazione dei rispettivi atti legislativi.

Regierungsrat Trachsel: Wir schlagen Ihnen vor, dass der Kanton an strategisch wichtigen Orten Land erwerben kann für Industriegebiete. Es ist klar, wir können das nicht ohne die Gemeinden tun. Weil wenn wir jetzt die strategisch wichtigen Gebiete anschauen, San Vittore wurde in diesem Rat schon mehrmals angetönt, die Erschliessungskosten San Vittore übersteigen die Möglichkeit der Gemeinde alleine. Also müsste dann irgendwo eine Gesellschaft gegründet werden von Privaten die Interesse haben und dann ist klar, dann hat die Gemeinde wie der Kanton weniger Möglichkeiten zu sagen, wer sich dort ansiedeln soll. Das ist nur ein Beispiel. Wenn Sie das Rheintal nehmen, haben Sie kaum gross eingezonte Flächen, die wir erwerben können. Also wenn es um Einzonungen geht, ist es sowieso die Gemeinde, die entscheidet, ob sie einzont. Und dann würde man sehr wahrscheinlich vor der Einzonung zusammen sprechen, ob der Kanton diese Fläche erwerben soll oder nicht und welche Art von Firmen wir suchen. Was sind möglicher-

weise Differenzen zu den Interessen der Gemeinden oder des Kantons? In der Gemeinde ist möglicherweise der Druck da, vom eigenen Gewerbe, anzusiedeln. Und der Kanton würde diese Fläche möglicherweise lieber einer neuzuziehenden Firma anbieten. Das wäre ein möglicher Konflikt. Aber das kann man vorher besprechen. Weil wir natürlich primär daran interessiert sind, Firmen anzusiedeln zu können, die Wertschöpfung in unserem Kanton erzeugen. Die auch Clusterbildung ermöglichen. Und das können wir eben nur machen, wenn wir rasch Boden haben. Wir sehen das immer wieder. Es gibt auch bei uns vorbildliche Gemeinden, die das machen. Aber wir haben auch Gemeinden, die die Möglichkeit nicht haben, weil sie gar keinen Boden haben. Oder eben der Druck des eigenen Gewerbes da ist, dass sie sagen, wir stellen euch diese Böden nicht zur Verfügung.

Heute ist es klar: Eine interessante Firma, die sich irgendwo ansiedeln will, die verhandelt mit vier bis fünf Standorten. Wenn sie nicht schnell sind, weil sie den Boden nicht haben, dann sind sie weg. Und wenn wir natürlich, wir sehen das in der Konkurrenz mit St. Gallen, sie sind schnell in dieser Frage. Und wir sind im gleichen Raum. Dann haben wir einen Nachteil und wir müssen einfach dann auch akzeptieren, wenn diese Firmen nicht gehen. Es ist eben nicht nur so, dass die einzelbetriebliche Förderung eine Rolle spielt, sondern eben auch die Verfügbarkeit von Boden. Darum sind wir der Meinung, dass man uns diese Möglichkeit geben soll, das zu tun. Es ist nicht die Absicht hier Millionen und Abermillionen zu investieren. Überhaupt nicht. Aber es geht darum, an strategisch wichtigen Orten diese Möglichkeit zu haben, um eben rasch zu sein und hier in dieser marktwirtschaftlichen Lage, wo es um Ansiedlung von guten Unternehmen geht, dass wir eben dort eine Möglichkeit mehr haben, Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Zu den Einzelfragen: Grossrat Danuser, Eidgenössisches Raumplanungsgesetzes, hat das Volk angenommen. Wir müssen zuerst unseren Richtplan in Bern genehmigt haben, bevor wir ohne Realersatz einzonen können, da haben wir dazu nichts zu sagen. Wir werden uns bemühen, dass wir den Richtplan in zwei Jahren haben, ich habe Ihnen das hier im Rat auch schon mehrmals gesagt, wir sind unterwegs. Wir werden mit Volldampf daran arbeiten, damit wir eben dort wieder Flexibilität bekommen. Grossrat Albertin, die staatliche Planwirtschaft. Sie setzen Staat mit Kanton gleich, die Gemeinde ist natürlich auch Staat, wenn Sie das so wollen. Ich sage ja, wir können nicht gegen die Gemeinden. Ich glaube, wenn Sie heute sehen und der Boden in privatem Besitz ist, ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Ansiedlung passiert, die nicht im Interesse der Gemeinde ist, grösser, als wenn der Kanton Bodenbesitzer ist. Weil es ist ja undenkbar in unserem Kanton, dass der Kanton sich gegen die Gemeinden stellt. Stellen Sie sich das vor. Ist nicht machbar. Sie müssen diesen Konsens suchen und es ist auch nicht so, noch nirgends ist eine Ansiedlung passiert, wo mir die Gemeinde gesagt hat, wir möchten die nicht. Es wäre mir nicht bekannt. Was uns schon passiert ist, dass wir Boden nicht bekommen haben, aber das war meist dann eben im lokalen Interesse, weil irgendwo ein eigener Unternehmer Anspruch gestellt hat auf Boden,

der der Gemeinde gehört hat. Aber wenn der Boden uns gehört, würden wir halt sagen nicht die Aussiedlung, sondern wir warten bis wir eine Ansiedlung bekommen. Und so viele Ansiedlungen in Graubünden, meine Damen und Herren, die gibt es nicht. Also es ist nicht so, dass wir der gesuchteste Kanton in der ganzen Schweiz sind, wir sind trotzdem dort, wo wir geografisch sind, weniger bevorzugt als Kantone wie Zürich, Aargau oder Zug. Das wissen wir, aber wir sehen unsere Chancen, wenn wir hier tätig sein wollen. Und es geht uns überhaupt nicht darum, hier eine Marktmacht auszuspielen, sondern uns einfach in einem beschränkten Mass eine Möglichkeit zu eröffnen, dass der Kanton mit Boden eben schneller ist, als wenn er zuerst verhandeln muss.

Und hier muss ich Ihnen schon sagen, auch Private, wenn Sie dann mit einem vielleicht bekannteren Namen kommen, der den Boden erwerben will, dann haben Private dann oft auch den Eindruck, ja der kann auch viel mehr bezahlen. Aber auch dort spielt die Konkurrenz. Gerade gute Firmen, die könnten zwar theoretisch mehr bezahlen aber sie werden auch immer das günstigste Angebot nehmen. Und wenn dann ein Privater spekuliert und glaubt, dass er hier sein grosses Schnäppchen machen kann, dann stellt er dann vielleicht zwei, drei Monate später fest, dass die Firma ihm eine Absage erteilt und sagt wir sind halt jetzt im Kanton St. Gallen, oder im Kanton Glarus. Das ist die Ausgangslage. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie hier unserer Stossrichtung zustimmen und dem Kanton ermöglichen, wie das auch die einstimmige Kommission vorschlägt, dass der Kanton Boden kaufen kann.

Die Frage des Baurechtes, es ist in der Regel drin, das war für mich schon mal ganz wichtig, weil wir haben beides. Es gibt Firmen, das wurde hier schon erwähnt, es gibt Firmen, vor allem eben die grossen Firmen, die auch kapitalkräftig sind, die wollen kaufen. Und es gibt eher junge Firmen, die neu gründen, die sind froh wenn sie nicht kaufen müssen, weil es kein Kapital bindet. Aber ich glaube, hier müssen Sie dem Kanton auch die Möglichkeit geben, eben flexibel zu sein, wir werden beide Instrumente anwenden. Was ich einfach Grossrat Niggli sagen kann, beim einen wie beim anderen haben Sie das Risiko der Industriebranche. Weil auch das Baurecht im Konkurs versteigert werden kann. Sie müssen das anders absichern. Ems hat uns das auch gezeigt, dass hier ein gewisses Risiko besteht, oder? Darum sage ich, ich kenne beide Fälle, Fideris beschäftigt mich seit zehn Jahren und ich komme nicht weiter. Das ist klar, diese Erfahrung muss man aufnehmen und bei den Vertragsabschlüssen berücksichtigen, aber wie gesagt, Sie sind hier in einem Konkurrenzkampf und oft müssen Sie halt entscheiden. Wollen Sie diese Ansiedlung? Dann sind Sie auch bereit, halt dann Risiken einzugehen oder sagen Sie, wir verzichten und dann haben wir es halt nicht? Darum bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie der Kommission zustimmen und den Bodenverkauf erlauben. In der Regel im Baurecht ist eine Einschränkung, aber sie ist nicht so gravierend, dass wir damit nicht leben könnten.

Caluori: Regierungsrat Trachsel hat das meiste jetzt schon gesagt, aber ich möchte noch einfach betonen, dass es matchentscheidend sein wird, dass der Kanton

und zwar, da bin ich mit Kollege Kunz einig, zusammen mit der jeweiligen Gemeinde das Land erwerben kann. Denn darauf dürfen wir nicht verzichten, sonst haben wir keine reelle Chance für Neuansiedlungen gegenüber anderen Kantonen. Wir brauchen wertschöpfungsintensive Betriebe, denn davon profitieren schlussendlich alle. Der Kanton und auch die Gemeinden. Und es wird sich auch nicht um hunderte solcher Flächen handeln, die der Kanton im Zusammenhang mit der Gemeinde kaufen soll oder kann. Wir reden da von höchstens vier, fünf grossflächigen Räumen. Also besteht da keine Angst, dass der ganze Kanton zusammengekauft wird. Wir müssen unbedingt bei Gelegenheiten rasch handeln können und dazu brauchen wir kurzfristig grossflächigen Raum. Ich möchte noch betonen, bei der Stossrichtung wäre es noch angebracht, einen kleinen Zusatz dazu zu nehmen, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Dann wäre das verankert und der Kanton kann nicht ganz alleine alles aufkaufen.

Noi-Togni: Nur ganz kurz, weil die Rede ist immer in diesem Rat von San Vittore. Und San Vittore ist meine Wohngemeinde, und dann muss ich schon noch intervenieren, um zu sagen, dass ich es richtig finde, wenn die Gemeinde entscheiden kann, was sie will auf ihrem Territorium. Also ich meine, die Regierung lebt 110 Kilometer genau entfernt von uns, dazwischen ist noch der San Bernardino und noch andere grosse Berge natürlich. Und es ist mehr als richtig, dass die Leute, die dort leben, es sind 713 Personen, aber dass sie entscheiden können, was sie für eine Luft atmen wollen und was sie für ein Verkehr haben wollen. Und auch ob sie noch ein Stück Landwirtschaft haben wollen usw. Darum, für mich gibt es nichts anderes, als diese Entscheidung nicht beim Kanton, sondern bei der Gemeinde zu belassen. Natürlich, wenn wir eine Region hätten wie man wollte, dann hätte auch diese Region diese Entscheidung wahrnehmen können. Sie wäre fähig gewesen, Wirtschaftsförderung zu betreiben, vielleicht wie der Kanton will oder wie man das sonst machen will. Jetzt ist das nicht der Fall, dann soll dies bitte im Recht der Gemeinde bleiben.

Jaag: Ich möchte mich einfach insofern äussern, dass ich wirklich grundsätzlich der Meinung bin, es ist wichtig Verfügbarkeit von Boden im Namen der Öffentlichkeit zu haben, Gemeinden und Kanton. Der Kanton darf, soll aktiv werden. Das ist eine Handlungsoption zu Gunsten des öffentlichen Lebens. Die Frage was passiert, wenn eine Firma in Konkurs geht, da hat uns bereits das neue Raumplanungsgesetz ein Mittel in die Hand gegeben, das noch auszuarbeiten ist, nämlich die Verfügbarkeit von Boden, das zu sichern. Das braucht zwar Zeit, es braucht Prozesse, aber ich denke, da sind wir von der gesetzlichen Grundlage her einen Schritt weiter. Das müssen wir schnellstmöglich einsetzen, so dass diese Industriebranchen uns zur Nutzung zurückgegeben werden. Das sind Schandflecken. Ich möchte aber doch auch noch eine Lanze für die Option Baurecht brechen und möchte Ihnen beliebt machen, die Minderheit zu unterstützen. Vielfach geht es darum, vielleicht hat Regierungsrat Trachsel Recht, wenn er sagt, grosse Firmen

wollen kaufen. Das ist tatsächlich so, wahrscheinlich. Kleinere Betriebe, da braucht es Information, was ist Baurecht, welches sind die Vorteile. Und wenn es darum geht eben Betriebskapital, als Betriebskapital und nicht als Investition in den Boden hinein zu verlocken, dann ist mancher Gewerbebetrieb auch in der Erkenntnis, dass das durchaus eine gute Option ist. Aus Sicht der Öffentlichkeit hat diese Option den Vorteil, dass nach einer Generation wieder neu überlegt werden kann, ist das noch richtig oder ist es nicht richtig. Und von dem her möchte ich Ihnen wirklich beliebt machen, lassen Sie, geben Sie diesen Impuls, und in der Regel ist nicht eng bindend, aber es verweist auf eine Möglichkeit, auf die wir in der Öffentlichkeit vermehrt hinweisen sollten.

Casanova-Maron (Domat/Ems): Es geht mir ähnlich wie Grossrat Pfäffli. Und ich habe grosse Mühe mit dieser Stossrichtung. Und zwar aus folgenden Gründen: Grossrat Albertin hat von einer staatlichen Planwirtschaft gesprochen und das trifft ziemlich genau mein Empfinden und ich teile aber dabei auch die Einschätzung von Regierungsrat Trachsel. Da meine ich beide Ebenen, nämlich die Gemeinde und den Kanton. Und ich frage mich, es würde uns ja nie in den Sinn kommen, für den Wohnungsbau solche Massnahmen zu fördern, hier für Flächen, für Standorte, welche zur Ansiedlung von Firmen dienen sollen, wollen wir zu diesem Instrument greifen? Ist das wirklich richtig oder anders gefragt, ja wo liegt denn das Problem? Es wurde schon vielfach beschrieben und besprochen. Das Problem ist, dass nicht schnell genug Flächen verfügbar gemacht werden können. Und ich teile auch da Ihre Einschätzung Herr Regierungsrat. Das ist entscheidend, dass man schnell Flächen verfügbar hält, damit Firmen, interessierte Firmen sich ansiedeln. Die haben nicht Zeit, jahrelang ein solches Thema auf dem Tisch zu wälzen und sich dann irgendwann endlich für einen Standort zu entscheiden. Aber ist es nicht so, wir haben mit dem heutigen Raumplanungsgesetz, da geht es ja nicht mehr darum, dass wir unendlich Flächen einzonen könnten, das geht ja gar nicht mehr. Also es stehen Flächen zur Verfügung, an eingezonten Standorten, aber die Flächen haben Besitzer und die wollen wahrscheinlich nicht verkaufen. Also wie konkret stellt sich der Kanton seine Rolle in dieser Situation vor? Wie wird er Eigentümer? Indem er einen höheren Preis zahlt? Was sicher nicht im Interesse des Kantons wäre, weil er ihn dann nicht zum selben Preis wieder los wird, diesen Boden. Wie stellt man sich das konkret vor? Bräuchte es nicht anders überlegt andere Massnahmen, die wirksam wären gegen eine Hortung von Flächen in der Gewerbe- und Industriezone? Das sind meine Überlegungen und ich danke Ihnen schon jetzt für Ihre Antwort.

Regierungsrat Trachsel: Grossrätin Noi, natürlich wird San Vittore über die Einzonung entscheiden. Sie alleine. Der Kanton entscheidet nicht mit. Aber es ist klar, wenn der Kanton sich an der Erschliessung beteiligt, massgebend, dann wird er das vorher mit den Gemeinden festlegen, welche Art von Ansiedlungen wir suchen. Aber dann muss er entscheiden können. Wir können nicht öffentliche Mittel vom Kanton investieren und sagen, die

Gemeinde entscheidet dann über die Verwendung dieser Mittel. Das geht nicht. Aber wir sind mit der Gemeinde natürlich daran festzulegen, welche Art von Industrie oder Ansiedlungen wir suchen und an die werden wir uns halten. Das werden wir vorher, und werden es auch gemeinsam machen. Aber der Wunsch, den Sie äussern, der Kanton bezahlt eine Erschliessung und wir sagen dann was passiert, das ist doch ein bisschen unmöglich. Zu Grossrätin Casanova. Die Situation ist natürlich schon komplexer. Wenn wir heute das Rheintal anschauen, mit den Augen der Raumplaner, dann nehmen wir die nicht überbaute Fläche und sagen wir, so und soviel Hektaren nicht überbaute Industriefläche ist vorhanden. Wenn wir im Detail hinschauen mit dem Auge des Amtes für Wirtschaft und Tourismus dann stellen wir fest, dass es viele Unternehmungen gibt, die sagen, ich will den Boden behalten, weil er mir dient für eine Expansion. Wann ich die mache, bleibt in den Sternen. Und jetzt gegen diese Hortung vorzugehen, wäre wohl kaum das richtige. Weil ich verstehe natürlich, gerade KMU-Betriebe, die sagen, wenn meine Kinder vergrössern wollen, dann wollen sie es beim bestehenden Betrieb machen und nicht dann wechseln müssen. Darum, diese Böden stehen uns nicht zur Verfügung, sind aber rein raumplanerisch gesehen nicht überbaute Industrieflächen. An was wir denken ist sicherlich, ich sage San Vittore habe ich jetzt genannt. Es könnten aber andere Gebiete sein, wo wir mit der Gemeinde zusammen sagen, wir zonen das ein. Wir machen vorher ab mit dem Landeigentümern, dass wir das erwerben. Die Gemeinde sagt vielleicht, ich bringe das nicht durch. Ich kann kein Geld ausgeben in der jetzigen Finanzlage für Boden und dann kann der Kanton sagen, okay, dann kaufen wir es. Und wir machen es ähnlich und wir sagen dann wer hinkommt. Oder weil, wenn wir einzonen und der Boden gehört weiterhin Privaten, dann ist es enorm schwierig, dann den Privaten zu zwingen, wenn ich ihnen eine gute Firma nenne.

Also, Sie haben in der Zeitung auch schon mal gelesen, Nespresso war bei uns auch ein Thema. Jetzt gehen Sie zu einem Eigentümer und sagen, Nestlé kommt. Wissen Sie, der bekommt glänzige Augen und dann ist der Preis mal zwei, weil der denkt, oh, die bezahlen mehr. Aber dann kommen die Freiburger und dann ist das Geschäft gelaufen. Oder? Relativ schnell. Weil die halt dann sagen, wir geben Ihnen den Boden für die und die Konditionen und dann haben Sie aber eine Firma, die relativ viele Arbeitsplätze hat. Ähnlich, ich könnte Ihnen auch andere Beispiele sagen. Und darum sagen wir, wir brauchen nicht viele, aber wir müssen an strategischen Orten gewisse Flächen haben, wo wir relativ schnell sagen können, zu welchen Bedingungen der Boden da ist und dass er eben verfügbar ist. Und das können wir nur dort, wo die Gemeinden Boden haben und gewohnt sind, geht das noch einigermassen. Aber dort wo die Gemeinden keinen Boden haben, wird es einfach schwierig. Und ich sehe auch, dass die Gemeinden halt ab und zu andere Interessen haben. Sie können auch durchs Rheintal fahren und mit offenen Augen mal hinsehen. Wir hätten, wenn der Boden uns gewesen wäre, nicht zu jeder Ansiedlung ja gesagt. Weil grosse Kubaturen mit wenig Arbeitsplätzen sind nicht unbedingt, das was wir suchen

würden. Ich verbiete das den Gemeinden nicht, was sie mit ihrem Boden machen. Aber gehen Sie mal mit offenen Augen, schauen Sie die neuen Betriebe an. Da hat es doch einige Kubaturen an bester Lage mit nicht gerade einer hohen Arbeitsplatzdichte. Da würden wir uns anders verhalten. Und ich glaube, es braucht beides. Aber wenn wir diese Möglichkeit nicht haben, dann sagen Sie eigentlich nichts anderes als wir verzichten auf diesen Wettbewerbsvorteil und akzeptieren dann aber auch wenn Sie halt dann hören, die Firma ist nicht bei uns, sondern sie ist im Sarganserland. Ich meine, das haben wir zu akzeptieren, wenn Sie das wollen. Was wir nicht können, ist dann, wenn Sie sagen, ja wieso haben Sie die nicht geholt. Dann müssen wir halt sagen, der Grosse Rat wollte das nicht. Das ist zu akzeptieren.

Standespräsident Campell: Wir kommen zur Schlussrunde und ich erteile das Wort der Kommissionsminderheit, Grossrat Peter Peyer.

Peyer; Sprecher Kommissionsminderheit: Eine kleine Bemerkung. Meine beiden Urliberalen Ratskollegen Kunz und Pfäffli haben gesagt, wir hätten eine wohlgefüllte Kriegskasse und unendlich finanzielle kantonale Mittel. Da habe ich gestern ganz andere Töne gehört. Ich glaube, es ist so, dass die Kantonskasse und der Boden endliche Güter sind in unserem Kanton. Und wenn der Kanton eines dieser endlichen Güter mit den anderen endlichen Gütern erwerben kann, dann wäre es, glaube ich, sehr störend, wenn er das dann auch noch erschliesst, einzuzont, jemanden ansiedeln will und der nach kurzer Zeit eben Konkurs geht oder sonst wegzieht und dieser Boden wieder der Spekulation anheimfällt. Und deshalb ist es richtig, von mir aus gesehen, die Minderheit zu unterstützen.

Standespräsident Campell: Ich gebe das Wort dem Kommissionspräsidenten und Kommissionsmehrheitssprecher Urs Marti.

Marti; Kommissionspräsident: Wenn ich die Stimmung hier im Rate richtig deute, dann finden viele Ratsmitglieder diese Stossrichtung richtig. Eine Minderheit findet diese Stossrichtung nur dann richtig, wenn sie richtig gemacht wird. Regierungsrat Trachsel hat bestätigt, dass er das Richtige richtig machen möchte. Und deshalb meine ich, steht nichts im Wege diese Stossrichtung zu überweisen. Im Übrigen muss ich Ihnen sagen, Sie haben ja sehr oft schon erlebt, dass der Kanton Land kauft. Also das ist nicht ein Unding. Für verschiedene im Verwaltungsvermögen stehende Aufgaben besitzt der Kanton Land. Er könnte es sogar gemäss Finanzhaushaltsgesetz sogar im Finanzvermögen tun. Freundlicherweise fragt uns die Regierung an, ob wir das gutheissen. Und das ist sicher auch der richtige Weg, dass man dies klärt. Wenn Sie so Angst haben, dass die öffentliche Hand Boden besitzt, es sind ja eben wahrscheinlich nicht mehr sehr viel, dann muss ich sagen, ja der Bund besitzt auch Boden, SBB beispielsweise besitzt Boden, die Gemeinden besitzen Boden, die Pensionskassen besitzen Boden, zum Teil weil sie sehr potente Pensionskassen sind oder auch Fonds. Und heute Mittag haben Sie sich

verköstigen lassen durch die Bürgergemeinden und das sind ja wahrscheinlich die grössten Bodenbesitzer im Kanton. Und dort habe ich heute Mittag keine kritischen Stimmen gehört, die Gelegenheit wäre nämlich gewesen, dort Fragen zu stellen. Also insofern glaube ich, es ist kein Unding, dass der Kanton Land kauft und dort auch eingreift, wo eben auch Arbeitsplätze nötig sind. Denn Investoren für Wohnungen, die sind sehr leicht zu finden und sobald die Wohnungen gebaut sind, dann muss die öffentliche Hand für Arbeitsplätze sorgen. Das kann also helfen, diese Stossrichtung des Kantons.

Dann zur Frage noch der Minderheit in der Regel im Baurecht oder hin und wieder im Baurecht oder nie im Baurecht. Die Kommissionsmehrheit schweigt sich darüber aus. Sie ist nicht grundsätzlich dagegen, dass auch im Baurecht Land abgegeben werden soll. Sie findet es aber richtig, dies der Regierung zu überlassen. In dieser Frage auch eine gewisse Praxis der Regierung zuzugestehen. Ich glaube, dass die Regierung von sich aus auch ganz gezielt und individuell reagieren wird und diese Freiheit sollte man der Regierung belassen. Deshalb bitte ich Sie, die Kommissionsmehrheit zu unterstützen.

Standespräsident Campell: Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Kommissionsmehrheit zustimmen will, drücke die Taste Plus. Wer die Kommissionsminderheit unterstützen will, drücke die Taste Minus. Wer sich der Stimme enthalten will, die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben der Kommissionmehrheit mit 67 Stimmen zu 22 Stimmen bei 13 Enthaltungen zugestimmt. Wir machen weiter mit Punkt 3. Herr Kommissionspräsident.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit mit 67 zu 22 Stimmen bei 13 Enthaltungen.

• Die Ansiedlung von Betrieben zur Erfüllung eidgenössischer und interkantonalen Aufgaben im Kanton Graubünden ist aktiv anzugehen.

Antrag Kommission

Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Ja, Punkt 3, erste Stossrichtung. Keine Bemerkungen.

Standespräsident Campell: Entschuldigung Herr Kommissionspräsident, wir sind noch bei Standort- und Regionalentwicklung, letzter Punkt.

Marti; Kommissionspräsident: Vielen Dank. Ich habe mich geirrt. Keine Bemerkungen.

Angenommen

Standespräsident Campell: Danke. Wir kommen zu Punkt 3 Raumentwicklung. Herr Kommissionspräsident Punkt 1.

Stossrichtung Raumentwicklung (Kapitel VII.3.)

- **Gemeinde- und regionsübergreifende Themen der räumlichen Entwicklung in funktionalen Räumen zielgerichtet angehen, mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Lebensqualität zu verbessern.**

Antrag Kommission
Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkung.

Caduff: Nur kurz eine Bemerkung zum Raumkonzept. Mit meinem Auftrag zur Mitgestaltung beim kantonalen Raumkonzept wurde die Regierung beauftragt, das Raumkonzept Graubünden als Bestandteil des nun zu besprechenden Wirtschaftsentwicklungsberichtes dem Grossen Rat zu unterbreiten. Ein Auszug, eine Zusammenfassung oder wie auch immer ich das bezeichnen soll, dieses Raumkonzepts ist diesem Bericht integriert. Allerdings fehlen hier die Erkenntnisse der zweiten Vernehmlassung, welche im Juni dieses Jahres abgelaufen ist. Die Regierung beantragt nun, diesen Auftrag abzuschreiben und das obwohl eine von diesem Rat geforderte Mitgestaltung nicht wirklich stattgefunden hat. Persönlich finde ich es schade, dass das Raumkonzept als Basis für den Richtplan nicht breit im Parlament diskutiert wird und somit politisch sanktioniert werden kann. Der Herr Regierungsrat hat beim Eintreten gesagt, dieses Raumkonzept stellt eigentlich die Weichen für die Zukunft dar. Rechtlich ist das Raumkonzept Teil des Richtplans und liegt somit in der Kompetenz der Regierung. Wenn nun die Regierung das Raumkonzept nicht in diesem Plenum diskutieren will, so kann sie das rechtlich. Ich hätte es begrüsst, wenn wir das Raumkonzept in Kenntnis der beschlossenen Stossrichtungen hätten diskutieren können. Nun da wir es jetzt nicht im Detail besprechen können, da das definitive Raumkonzept nicht vorliegt, würde es heissen, dass das Raumkonzept in einer späteren Session besprochen werden müsste. Damit verlieren wir noch mehr Zeit, bis der Richtplan beim Bund zur Genehmigung eingereicht werden kann und damit geht es noch länger, bis wir wieder etwas mehr Spielraum im engen Korsett des Raumplanungsgesetzes zurückgewinnen. Darum wehre ich mich, auch mit einem gewissen Bedauern, nicht gegen die Abschreibung des Auftrags. Ich erwarte aber, dass die Anpassung des Richtplans zügig vorangetrieben wird. Wenn ich den Regierungsrat vorher richtig verstanden habe, hat er gesagt man sei mit Volldampf daran, dies zu tun. Es gibt nämlich durchaus Kantone, welche ihre Richtpläne bereits beim Bund zur Genehmigung eingereicht haben.

Regierungsrat Trachsel: Ich habe in der Fragestunde dann noch eine Frage von Grossrätin Lorez zu diesem

Thema. Ja, wir sind voll daran. Das Raumkonzept hat uns positiv überrascht, die Resonanz. Wir haben ja verschiedene Veranstaltungen in den Regionen gemacht. Nach der ersten Vernehmlassung sind etwa 750 Eingaben eingegangen, bei der zweiten etwa 800. Sie haben vielleicht Verständnis, dass ich nicht unglücklich bin, dass ich über diese 800 Punkte hier im Rat nicht sprechen muss. Weil hinter jedem Antrag natürlich auch Leute stehen, die davon überzeugt sind. Wir sind am Aufarbeiten. Wir entscheiden demnächst, ob es noch unter mir in die Regierung geht. Oder ob dann Jon Domenic Parolini noch ein bisschen intensiver auch hineinschaut und dann wird es vielleicht zwei, drei Wochen später. Aber wir sind voll daran. Weil wir wissen, um was es geht. Wir müssen die kantonale Raumplanung möglichst schnell beim Bund einreichen. Das andere schneller sind, hat natürlich damit zu tun, dass sie schon unterwegs waren, als das Raumplanungsgesetz geändert hat. Der Kanton Zürich stand praktisch vor Abschluss der kantonalen Raumplanung des Richtplanes.

Angenommen

Standespräsident Campell: Wir fahren weiter beim Punkt 3.2. Jeder Handlungsraum nutzt und entwickelt usw. Hier haben wir Kommissionsmehrheit und Kommissionsminderheit. Ich erteile nun das Wort dem Kommissionspräsidenten und er ist auch Sprecher der Mehrheit, Grossrat Marti.

- **Jeder Handlungsraum nutzt und entwickelt seine Stärken. Damit verbunden ist auch eine auf den Raumtyp ausgerichtete aktive Verzichtplanung.**

a) *Antrag Kommissionsmehrheit* (5 Stimmen: Davaz, Engler, Marti, Peyer, Stiffler [Chur]); Sprecher: Marti
Gemäss Botschaft

b) *Antrag Kommissionsminderheit* (4 Stimmen: Caduff, Cavegn, Tomaschett [Breil], Wieland; Sprecher: Cavegn)
Abgabe folgender Erklärung des Grossen Rates:
Ändern Stossrichtung wie folgt:
Jeder Handlungsraum nutzt und entwickelt seine Stärken. (...).

Marti; Kommissionspräsident: Die Kommission ist sich im Grundsatz einig, dass die knappen Raumreserven und das knappe Land dazu führen muss, dass man die Stärken gezielt entwickeln muss und entsprechend auch eine Planung dazu führen sollte. Nun folgt ein Zusatz. Und dieser Zusatz stellt gewissermassen auch das Gegenstück dar zu den Stärken. Dass man mit der Analyse der Stärken, mit der Planung der Stärken auch analysiert, was man dann eben nicht mehr tun wird. Eigentlich ist es eine fast automatische Angelegenheit. Wenn man die Stärken aussucht, die man tut, dann unbewusst hat man auch gewisse Punkte dann ausgeklammert. Aber die Stossrichtung will ausdrücklich, dass man sich auch aktiv damit auseinandersetzt, was man nicht tun möchte. Weshalb? Es gibt eben sehr viele Unternehmungen oder

auch Ideen, die dann plötzlich kommen und vielleicht nicht mit der gesamten Stossrichtung, mit den Stärken übereinstimmt. Und dann sollte man sich mit dieser Frage auseinandergesetzt haben und auch jemandem beantworten können, weshalb man auf diese oder jene raumplanerischen Akzente verzichten will. Eine aktive Verzichtsplannung in der Raumbewertung führt zu einer Schärfung der Stärken. Und das will diese Stossrichtung eigentlich in einer Balance dieser beiden Tätigkeiten auch darstellen.

Wenn die Kommissionsminderheit den zweiten Satz streichen will, so unterbindet sie die aktive Auseinandersetzung mit dieser Frage, was man nicht tun möchte. Dennoch macht sie es vielleicht dann automatisch. Aber es ist besser, dies auch aktiv zu tun. Und eigentlich hat es eine gewisse deklaratorische Wirkung, diese Stossrichtung mit dem Nachsatz. Und diese deklaratorische Wirkung soll wirklich dazu führen, dass man sich eben dann auch mal damit auseinandersetzt, was man nicht tun möchte. Dann macht man nämlich das, was man tun will, auch mit einer höheren Berechtigung. Die Kommissionsmehrheit ist der Auffassung, das ist richtig so. Das sollte man so tun. Es gibt darin Vorteile. Wenn Sie beschliessen, es nicht zu tun, so schlimm ist es auch nicht, aber es wäre doch besser, die beiden Seiten der Tätigkeit, was man tun möchte und was man nicht tun möchte, genau zu analysieren. Und dann eben auch festzuhalten, damit man es kommunizieren kann, insbesondere auch gegenüber den übergeordneten Behörden.

Cavegn; Sprecher Kommissionsminderheit: Ich beantrage namens der Kommissionsminderheit die Streichung des zweiten Satzes dieser Stossrichtung, nämlich des Ausdrucks „damit verbunden ist auch eine auf den Raumtyp ausgerichtete aktive Verzichtsplannung“. In der zweiten Stossrichtung der Raumplannung wird festgehalten, dass jeder Handlungsraum seine Stärken nutzt und entwickelt. Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden. Gleichzeitig wird damit aber auch eine auf den Raumtyp ausgerichtete aktive Verzichtsplannung propagiert. Grossrat Heinz hat es schon gesagt, aktive Verzichtsplannung. Auch für mich ein mindestens politisches Unwort des Jahres. Ich will dies nicht und beantrage die Streichung eben von Satz zwei dieser Stossrichtung. Warum? Unbestritten dürfte sein, dass der verfügbare Boden und vor allem der schnell verfügbare Boden in der Wirtschaftsentwicklung eine zentrale Rolle einnimmt. Und für die Ansiedlung von neuen Unternehmen eines der entscheidenden Kriterien darstellt. Die Entwicklung in der Raumplannung in der Schweiz dürfte Ihnen aber bekannt sein. Sie erschwert derzeit die Verfügbarmachung von Land massiv. Und mit einer Besserung, wenn wir ehrlich sind, wird angesichts dieser Tendenzen und der Tendenzen im Raumplannungsrecht, die wir kennen, wohl nicht zu rechnen sein und zwar auch nicht nach Inkrafttreten des kantonalen Richtplans. Es wird alle Energie brauchen, die Sach- und Richtpläne umzusetzen. Und wir sind ja daran, einen Wirtschaftsentwicklungsbericht zu diskutieren. Und daher ist es eben richtig, dass jeder Handlungsraum, der definiert wurde, seine Stärken nutzt und entwickelt. Selbstverständlich muss man sich überlegen was man tut und was man im Rahmen dieser Stär-

ken eben nicht tun will. Es ist aber nicht ersichtlich, dass jeder Handlungsraum seine Energie zuerst in eine aktive Verzichtsplannung stecken muss. Diese Haltung widerstrebt mir zutiefst. Eine derartige Stossrichtung, zumal wir sie jetzt noch von oben herab auch noch verordnen, hat zur Folge, dass nämlich zuerst eine Planung gemacht werden muss, auf was verzichtet wird. Nämlich ohne dass bekannt ist, auf was wir verzichten, können wir ja sonst gar nichts machen. Und eine Planung, eine Verzichtsplannung, heisst im Raumplannungsrecht normalerweise einen jahrelangen Prozess. Und diese Stossrichtung verhindert implizit einen Anspruch auf einen Verzicht. Und wir haben genug Verhinderer in diesem Kanton. Und man will sich folglich zunächst jahrelang und aktiv mit dem Verzicht in der Raumplannung beschäftigen müssen, bevor man sich überhaupt auf die Stärken konzentrieren kann und etwas macht. Ich möchte es vielleicht so ausdrücken. Wir verordnen vom Grossen Rat her eine Planungszone für den Verzicht. Was haben wir uns vor Jahren aufgeregt, als wir im Rahmen einer Studie von Avenir Suisse, einem liberalen Think tank, von der Stärkung der Wirtschaftszentren dem Rückzug aus dem Alpenraum und dem Schluss mit flächendeckender Infrastruktur gehört haben und wir noch als Erholungsraum für Unterländer degradiert sahen. Mit einer aktiven Verzichtsplannung leben wir diesen Grundsätzen aber gleich selbst nach. Wir tun also nicht einfach nichts. Wir tun noch aktiv nichts. Andere, namentlich unsere Nachbarn werden froh sein, um die staatlich verordnete Passivität. Die aktuelle Raumplannung ist für mich Verzicht genug. Die Stossrichtung ist Ausdruck einer passiven Haltung. Ich will das nicht. Darum der Antrag.

Standespräsident Campell: Weitere Kommissionsmitglieder? Ich eröffne die Diskussion fürs Plenum? Grossrat Robert Heinz.

Heinz: Ich habe meine Meinung gegenüber dem Morgen gar nicht geändert, sondern umso mehr bin ich bestärkt darin, dass wir diese zwei Worte aktive Verzichtsplannung als Stossrichtung aus diesem Bericht herausnehmen sollten. Aus zeitlichen Gründen möchte ich meinen Antrag zurückziehen und unterstütze natürlich voll und ganz den Antrag der Kommissionsminderheit. Sollte die Minderheit durchkommen, dann können wir mit gutem Gewissen am Donnerstag wieder und mit Freude in unsere Täler zurückkehren.

Müller: Ich möchte nur auf eine Kleinigkeit hinweisen. Es ist natürlich ein Unterschied, ob man stärkt oder verzichtet. Aber eine aktive Verzichtsplannung hat auch Vorteile. Wir haben auch Leute, die kommen, die wollen etwas von uns. Wir müssen uns irgendwann entscheiden, wo wir unsere Mittel einsetzen wollen. Und wenn wir uns nicht einig werden, wo wir die Mittel einsetzen, sei es Mittel von der Gemeinde, sei es Mittel vom Kanton, dann werden wir uns auch nicht entscheiden können, wie wir das machen wollen. Also wenn wir verzichten darauf, wenn wir erklären, wir verzichten auf gewisse Sachen, dann können wir auch den Leuten klar kommunizieren, da haben wir jetzt verzichtet. Wir müssen in unsere Stärken investieren. Da wo wir uns entschieden

haben, dass wir stark sind. Wir werden nicht alles finanzieren können. Das wird schlicht und einfach nicht möglich sein. Ich würde auch lieber überall etwas geben, oder niemandem erklären, dass er jetzt im Moment nicht an vorderster Front steht. Es verhindert aber nicht, dass man jemanden fördert, der in unser Konzept passt. Das ist keine Verhinderung. Aber wir können auch kommunizieren, wir können auch klar kommunizieren, was wir wollen und was nicht. Also es gibt Unterschiede, ob man aktiv darauf verzichtet oder ob man Stärken einfach, ja ob man sich einfach die Stärken stärkt, wenn man es so sagen will.

Michael (Donat): Lieber Kommissionspräsident, ich nehme die Gelegenheit gerne wahr und nehme den Vergleich zu meiner persönlichen Verzichtserklärung gerne auf. Es stimmt, ich habe eine Verzichtsplanning durchgeführt. Dabei bin ich sicher sehr gut gefahren. Wir waren auch sehr produktiv, also meine Frau und ich, wir haben jetzt fünf Kinder. *Heiterkeit.* Wir müssen aber auch die andere Seite anschauen. Also nicht die meiner Frau, sondern die, von denen die eben verzichten mussten von der anderen Seite. Also ohne zu bluffen, es sind einige Enttäuschte zurückgeblieben. *Heiterkeit.* Bei der Wirtschaftsförderung, glaube ich, da verzichten wir auf die Monogamie. Daher können wir mit gutem Gewissen auf eine aktive Verzichtsplanning verzichten.

Jaag: Wir sprechen über die Verzichtsplanning und eine auf jeden auf den Raumtyp ausgerichtete aktive Verzichtsplanning. Eine Kommissionsminderheit möchte diesen zweiten Satz weghaben. Was heisst das wohl? Wir reden hier von Wirtschaftsförderpolitik und gleichzeitig überlegen wir uns in diesen Wochen in einer ganzen Reihe von regionalen Workshops, wo die Regionalwirtschaft künftig Impulse erhalten könnte, wo sie Schwerpunkte setzen sollte, wo Stärken und Schwächen liegen. Die Agenda 2030 ist ein hier durchaus erwähnenswertes Projekt, das bewusst abgetrampelte Pfade verlässt, um auf der regionalen Ebene neue Perspektiven zu finden. Erfolgsversprechende Projekte zu benennen, starke Ideen zu stärken und aufgrund dieser regionsinternen Erkenntnis dann allenfalls stark fokussiert zu fördern. Wenn wir das tun, ohne gleichzeitig auch zu überlegen, was wir aus dem Blickwinkel der Region bewusst nicht tun sollten, worauf wir verzichten wollen, bleiben wir auf halbem Weg stehen und machen weiterhin unkoordiniert immer gerade das, was uns passt. Wir setzen ansonsten auf eine grenzenlose Freiheit, alles zu tun. Allenfalls ohne Triage einfach zu kopieren, abzukupfern, ja gerade auch standortungeeignete Dummheiten. Wir sind dann offensichtlich auch bereit, uns weiterhin gegenseitig zu zerfleischen. Wir kommen nicht darum herum, unsere Ressourcen Geld, Zeit, Arbeit, Innovation vor Ort in der Region zu bündeln und sie da einzusetzen, wo sie die grösste Wirkung entfalten. Und das geht nun einmal nicht ohne eine nüchterne Priorisierung respektive den damit verbundenen allfälligen Verzicht. Bitte stimmen Sie der Kommissionsmehrheit zu und belassen Sie die Formulierung gemäss Botschaft.

Michael (Castasegna): Verzichtsplanning oder Verhinderungsplanning, das ist die Frage. Im Bericht steht das erste Wort. Ich versuche dieses mit einigen positiv formulierten Begriffen zu übersetzen. Prioritäten setzen, fokussieren, konzentrieren. Wenn Sie wollen, können Sie auch diese Worte mit aktiv begleiten. Ich glaube, dass wir diese neuen Begriffe, wir alle in diesem Rat, ohne grosse Bedenken unterschreiben könnten. Dennoch, auch wenn ich grundsätzlich positiv dazu stehe, verbirgt das Raumkonzept auch einige dunkle Stellen. Die Einteilung in Raumtypen ist korrekt und nachvollziehbar. Was mir aber noch einiges zu bedenken gibt, ist die Umsetzung beziehungsweise die Konkretisierung des noch unvollständigen und unverbindlichen Raumkonzepts in den vorgesehenen, verbindlichen planerischen Instrumenten. Zuerst der kantonale Richtplan, später einmal die regionalen Richtpläne usw. Gerade bei dieser Übertragung müssen wir aufpassen, dass eben die Verzichtsplanning nicht zur Verhinderungsplanning umgewandelt wird. Wenn dies geschehen würde, dann könnte ich mir z.B. vorstellen, dass ein Projekt, wie die Clinica Holistica in Susch, nicht mehr realisierbar wäre, da dies planerisch nicht vorgesehen wäre. In so einem Fall wären wir wohl alle Verlierer. Also, der langen Rede kurzer Sinn: Verzichtsplanning ja, Verhinderungsplanning nein.

Regierungsrat Trachsel: Ich kann mit Grossrat Maurizio Michael anfangen. Ich bin absolut seiner Meinung. Und ich kann ihm auch versichern, gerade den peripheren Räumen, dass wir uns dafür voll einsetzen. Wir sind hier bei der Raumplanning und wir haben uns dem vom Volk gewollten eidgenössischen Raumplanninggesetz anzupassen. Viele von Ihnen nehmen offensichtlich nicht zur Kenntnis, dass eine Mehrheit des Schweizer Volkes in der Raumplanning anderer Meinung ist. Und Sie können Ihren Leuten zu Hause schon vormachen, dass es nicht so ist. Es bleibt wie National- und Ständerat beschlossen haben und das Volk in einer Volksabstimmung Ja gesagt hat. Es wurde das Referendum ergriffen. Das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen. Auch wir haben es umzusetzen. Und das meinen wir mit Verzichtsplanning. Sie können nicht mehr beliebig viel einzonen. Wir haben heute schon darüber diskutiert. Also ist es unserer Meinung nach falsch, wenn Sie von allem ein bisschen wollen und sich nicht konzentrieren, auf Ihre Stärken. Es wurde hier erwähnt. Und wir versuchen gerade auch mit der Agenda 2030, wie Grossrat Jaag gesagt hat, eben hier mit Ihnen zusammen die Schwerpunkte zu setzen. Und es gibt Gemeinden, die vielleicht vorteilhafterweise auf eine kleine Gewerbezone, die sie möglicherweise nie brauchen, verzichten, um ihre Wohnzone vergrössern zu können. Und eben regional die Gewerbezonnen zusammenlegen, damit sich eben auch regionale kleine Gewerbecluster ergeben, die dann vielleicht in Arbeitsgemeinschaften weil sie sich kennen, stärker sind, als wenn jeder alleine für sich probiert. Es geht um diese Dinge. Und ich möchte gerade den peripheren Räumen sagen, beschäftigen Sie sich mit diesen Fragen. Ich habe immer den Eindruck, wenn man verdrängt, muss man die Aufgaben nicht machen. Die Aufgabe bleibt die gleiche. Und es macht mir irgendwo schon Bauchweh, dass eigentlich gerade die wirtschaftlich schwächeren Gebiete

hier immer versuchen, am Alten festzuhalten. Versuchen Sie die Chancen zu sehen, indem Sie eben die Stärken schärfen und auch sagen, hier wollen wir mehr und dann mit Überzeugung. Dann können wir Ihnen auch helfen, als wenn Sie sagen, wir wollen von allem ein bisschen, dann wird es heissen, ist nicht möglich und Sie schwächen nur Ihre eigenen Entwicklungen. Es ist hier nicht ein Hauptpunkt, den wir entscheiden bei der Raumplanung. Weil wie gesagt, das Schweizer Volk hat hier viele Kompetenzen zum Bund verschoben. Und wir müssen die Konzepte vom Bund genehmigen lassen. Und Sie alle wissen, neue Einzonungen werden schwierig sein. Und wenn Sie dort nicht bereit sind, sich auf die Stärken zu konzentrieren, dann wird Ihr Raumplanungsvorhaben sehr wahrscheinlich länger brauchen als es Ihnen lieb ist, weil Sie dann eben vielleicht in zwei, drei Schlaufen wieder das gleiche machen müssen und ich glaube nicht, dass Sie dann gewinnen. Weil das Gesetz, dem wir uns zu unterziehen haben, bleibt für alle das gleiche. Was wir hier eigentlich hineingeschrieben haben, ist etwas, das der Gesetzgeber auf Bundesebene festgelegt hat. Und uns ist es lieber, Sie machen das aktiv als Sie machen es reaktiv. Weil Ihnen dann vom kantonalen Amt gesagt werden muss, so ist es nicht bewilligungsfähig. Darum bitte ich Sie, hier der Kommissionsmehrheit zuzustimmen und sich positiv diesem Prozess zu stellen, weil Sie dann sicherlich die besseren Resultate haben, als wenn Sie versuchen, etwas zu verhindern, was auf Bundesebene schon entschieden ist.

Standespräsident Campell: Wir kommen zu den Schlussworten. Ich erteile der Kommissionsminderheit Grossrat Cavegn das Wort.

Cavegn; Sprecher Kommissionsminderheit: Natürlich haben wir das eidgenössische Raumplanungsrecht einzuhalten. Ich habe nie gesagt und will mit meinem Antrag auch nicht bewirken, dass wir das eidgenössische und auch das kantonale Recht nicht einhalten. Aber ich habe gesagt, das genügt. Ratskollege Jaag hat zu Recht gesagt, wir müssen Schwerpunkte setzen, priorisieren, das ist richtig. Und das impliziert dann auch den Verzicht letztlich, wenn wir Schwerpunkte setzen. Aber auch das genügt. Aber raumplanerisch zu verzichten, raumplanerisch zu verzichten, zusätzlich zu den Vorgaben des eidgenössischen Raumplanungsrechts und diese Haltung hier in der Stossrichtung zum Ausdruck zu bringen, ist ein gefährliches Spiel. Raumplanerisch zu verzichten, auch wir werden noch einen gewissen Spielraum haben im Rahmen des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes, ist oft ein unumkehrbares Spiel, kein dynamisches Spiel, das man dann einfach wieder ändern kann. Ja, wissen wir, meine Damen und Herren, wo in zehn Jahren unsere Stärken sind? Entwickeln sich vielleicht neue Stärken in 20 Jahren? Wollen wir mit so einer Stossrichtung, mit einer aktiven Verzichtplanung diesen Prozess stören? Ich will es nicht.

Marti; Kommissionspräsident: Gute Konzepte und gute Strategien sagen fundiert, was man tut. Bessere Konzepte und bessere Strategien sagen fundiert was man tut und worauf man verzichtet und weshalb. Weil man es eben

besser kommunizieren kann. Weil man nicht alleine in der Landschaft steht, weil eben viele Mitspieler dabei sind und sich nach dem orientieren, was sie tun können und was sie in einem Raum nicht tun können. Und ich habe in vielen Verwaltungsräten gearbeitet und die Problemstellung war immer, dass das was man nicht gesagt hat, zu Verwirrung und zu Unklarheiten geführt hat. Wenn ich gesagt habe, was wir nicht tun, dann wussten es die Leute und konnten sich auch entsprechend daran ausrichten. Und wenn man es gut begründet hat, dann war es auch verständlich und führte zu einer Verstärkung der Strategie und zu einer Stärkung der Umsetzung. Ich erachte es deshalb als eine bessere Bearbeitungsart, wenn man sich eben damit auseinandersetzt, was man nicht tut und deshalb, glaube ich, ist die Kommissionsmehrheit auf dem richtigen Weg. Dann noch eine letzte und vielleicht abschliessende Bemerkung zum Ratskollegen Michael. Ich wusste natürlich bei Ihrer sympathischen Art, dass Sie eine aktive Verzichtplanung machen mussten. Sie hätten es nicht zu sagen gebraucht.

Standespräsident Campell: Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Kommissionsmehrheit zustimmen will, drücke die Taste Plus. Wer der Kommissionsminderheit zustimmen will, die Minus-Taste. Wer sich der Stimme enthalten will, die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben die Kommissionsmehrheit mit 54 Stimmen gegenüber 44 mit 3 Enthaltungen gutgeheissen. Wir kommen zum letzten Punkt. Punkt 3.3. Kommissionspräsident.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit mit 54 zu 44 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

• Die regionalen Zentren als Impulsgeber stärken.

Antrag Kommission

Gemäss Botschaft

Marti; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Campell: Keine Bemerkung. Diskussion? Keine. Grossrat Niggli Gian Peter.

Niggli (Samedan): Es freut mich primär einmal, dass die Bündner Landwirtschaft im Bericht Wirtschaftsentwicklung erwähnt wird. Ich bin ein wenig voreilig gewesen. Entschuldigung.

Standespräsident Campell: Danke. Wir kommen zum Schluss des heutigen Tages. Nachdem wir heute sehr sportlich den ganzen Tag unterwegs waren, ist es der richtige Moment, um eine Gratulation nachzuholen. Seit dem 1. Oktober ist unser Regierungsrat Christian Rathgeb befördert worden vom Oberstleutnant zum Oberst. Im Namen des Parlaments gratulieren wir zu dieser Beförderung. Zum Schluss möchte ich noch mitteilen, dass drei Vorstösse eingegangen sind. Auftrag Bucher-Brini bezüglich Erweiterung des Capricornprogramms und Auftrag Casanova Aurelio betreffend Entwicklung

bei den Steuerveranlagungen sowie Interpellanza Rosa concernente spazio riservato ai corsi d'acqua (art. 41a cpv 2 OPAC). Ich wünsche allen einen schönen Abend. Bis morgen früh um 8.15 Uhr. Grazia figh e bella saira.

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

- Auftrag Bucher-Brini bezüglich Erweiterung des Capricornprogramms
- Auftrag Casanova Aurelio betreffend Entwicklung bei den Steuerveranlagungen
- Interpellanza Rosa concernente spazio riservato ai corsi d'acqua (art. 41a cpv 2 OPAC).

Schluss der Sitzung: 18.15 Uhr

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Landespräsident: Duri Campell

Der Protokollführer: Domenic Gross